

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

**Insertionsgebühr**  
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

### „Arbeit statt Almosen!“

So lautet die Parole, die nunmehr von vielen jener Vereine ausgegeben wird, die als ihren Zweck bisher „Beseitigung der Armuth und Bettelerei“ verkündigt haben. Die „Beseitigung der Armuth“ war und blieb nur eine werthlose Phrase; die „Beseitigung der Bettelerei“ sollte dadurch erzielt werden, daß den Bedürftigen an einem bestimmten Orte eine bestimmte Gabe verabreicht wurde, um dem Abfordern von Almosen in den Häusern ein Ende zu machen. Diese Art der Belämpfung von „Armuth und Bettelerei“ richtet sich von selbst, soweit sie als eine wirtschaftliche Maßregel aufgefaßt werden soll; das Höchste, was dabei erzielt werden konnte, war, daß einige hartnäckige Spießbürger gegenüber der „Belästigung des Hausbesitzers“, wie sie sich so gerne ausdrücken, sich auf eine bei ihnen angebrachte Tafel beriefen, auf der es hieß: „Mitglied des Vereins gegen Verarmuth und Bettelerei“. Daß an der Sache selbst dadurch nichts geändert wurde, liegt auf der Hand und die Organisation solcher Vereine hatte für viele ihrer Mitglieder auch nur den Zweck, sich durch einen verhältnißmäßig geringen Beitrag an die Vereinskasse von allen weiteren Lasten etwaiger Wohlthätigkeit zu befreien.

Allmählich brach sich dann doch eine mildere Auffassung der Sachlage Bahn; man sah, daß die vielen angelegenen Bagabunden mit ganz geringen Ausnahmen keine lächerlichen Leute und arbeitsscheuen Menschen, sondern die unglücklichsten Opfer unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände waren, die ganz gerne arbeiten mochten, wenn sie nur Gelegenheit dazu fanden. Und so entschloß man sich vielfach, an die Stelle der Almosen die Beschäftigung zu setzen — „Arbeit statt Almosen!“

Man errichtete Arbeiterkolonien, über deren sehr zweifelhaften Werth und zweckwidrige Einrichtung wir uns schon mehrfach ausgesprochen haben; man suchte aber auch in den Städten Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Die früheren Vereine gegen Verarmuth und Bettelerei ließen die Unterstützungsbedürftigen gegen einen geringen Lohn leichte Arbeiten verrichten und man war erstaunt, daß sie das Alle möglich thaten, daß sich unter den sogenannten Bagabunden fast gar keine arbeitsscheuen Elemente vorfanden, von denen man früher so viel Lärm gemacht hatte.

Man muß zugeben, daß in dieser Umwandlung ein Fortschritt in der Anschauung liegt; leider ist der Fortschritt in der Ausführung ausgeblieben. So hat in Dresden der Verein gegen Verarmuth und Bettelerei beschlossen, den Bedürftigen leichte Arbeit zuzuwenden und eine „Arbeitsstätte“ zu diesem Zweck zu errichten. Allein in der für diese Arbeitsstätte

eingeführten Arbeitsordnung heißt es bezüglich der Zulassung von Beschäftigungslosen:

„Ein Recht auf Zulassung kann Niemandem anerkannt werden. Auch ist diese Zulassung eine jeder Zeit widerrufliche.“

Nun kann von einer Privatgesellschaft allerdings, je nach der Stärke ihrer Mittel, nicht verlangt werden, daß sie Allen ein Recht auf Zulassung zu ihrer Arbeitsstätte gewähren soll; allein darin liegt eben die Schwäche des ganzen Unternehmens. Der Vorstand des genannten Dresdener Vereins jammert in allen Tonarten über den „großen Andrang“ als ob dieser nicht vorauszu sehen gewesen wäre!

Das Verschaffen von Arbeitsgelegenheit ist eben kein Kinderspiel und kann von einzelnen Vereinen, Privatgesellschaften und sogenannten Arbeiterkolonien nicht genügend ausgeführt werden. Diese Organisationen haben auf die Bewegungen des Arbeitsmarktes wenig oder gar keinen Einfluß und werden schon gemißbraucht, indem verschiedene Unternehmer, um möglichst geringe Löhne zu zahlen, ihre Arbeiten an diese Anstalten vergeben. So kommt man zu einem ganz entgegengesetzten Ziel von dem, das ursprünglich als Aushängeschild gebietet hat.

Die Frage der Arbeitslosigkeit ist gewiß eine der brennendsten, aber auch am schwierigsten zu lösenden; sie kann ihrer Lösung wohl näher gebracht werden durch Mitwirkung des Staats und der Gesetzgebung, nicht aber durch private Vereinigungen.

### Politische Uebersicht.

Die Abstimmung im Reichstage über die vielbesprochenen 20 000 Mark, die bekanntlich den „Entlastungsstimm“ herbeizuführen haben, hat gestern in der dritten entscheidenden Berathung stattgefunden. Die Position ist bewilligt worden. Die Deutsch-Freiköniglichen stimmten gespalten. Die „Abstinengen“, unter denen sich auch natürlich der Herr Oberbürgermeister von Berlin befand, brachten die 20 000 Mark durch. Hätten sie gegen die Position gestimmt, so wäre dieselbe mit 15 Stimmen Majorität abgelehnt worden.

Reichstagsauflösung? Dem „Hamb. Korresp.“ wird aus Berlin geschrieben: „Nach den Aeußerungen des Fürsten Bismarck (in seiner letzten Rede) muß man auf eine Auflösung des Reichstages sich gefaßt halten. Er bezeichnet die Kolonialpolitik als denjenigen Punkt, in dem ihm die Mehrheit der Nation nicht mit der Haltung des Reichstages einverstanden zu sein scheint. Neulich hat er — im Gegensatz zu früheren Aeußerungen des Staatssekretärs Stephan — ausdrücklich betont, daß die Dampfervorlage mit seiner Kolonialpolitik zusammenhänge. Kommt, was sehr wohl möglich ist, das Gesetz in einer annehmbaren Form mit den drei projektirten Linien nicht zu Stande, so haben wir Neuwahlen entgegenzusehen.“

später, daß dies der Neffe des Herrn Rodenburg, ein junger Arzt war.“

„Worin bestand der Auftrag?“

„Dem Herrn einen Brief zu geben, aber nur ihm selbst.“

„Und Sie thaten das nicht?“

„Ich habe es versucht, aber ich fand den Herrn nie allein; und wenn er allein war, durfte ich nicht zu ihm. Vielleicht hätte ich's doch machen können, aber ich getraute mir auch nicht, so ganz hinter dem Rücken des Fräulein Amberg etwas zu thun, von dem ich wußte, daß es ihr nicht recht sei.“

„So sind Sie also noch im Besitz jenes Briefes?“

„Ja, und meine Bitte geht dahin, daß Sie denselben Herrn Rodenburg geben, wenn Sie Gelegenheit dazu haben; aber vergessen Sie nicht, daß der Herr Doktor sagte, als er mir ihn gab, daß derselbe nur dem Herrn selbst eingehändigt werden dürfe.“

„Vielleicht hat Ihre Saumseligkeit und die Furcht vor Fräulein Amberg Ihren Herrn um einen wirklichen ärztlichen Beirath gebracht; geben Sie her den Brief, Johann, ich werde Gelegenheit zu finden wissen, ihn Herrn Rodenburg einzuhändigen.“

Johann langte den schon arg zerknitterten und durch den langen Aufenthalt in der Tasche nicht mehr ganz sauber gebliebenen Brief hervor und legte ihn in Wilhelm's Hände.

Der Brief war offen.

„Kennen Sie den Inhalt?“ fragte ihn Wilhelm.

„Nein, Herr Prediger! Ich selbst kann nicht lesen, und gezeigt habe ich den Brief Niemandem; dazu hatte ich kein Recht.“

„Da haben Sie richtig gehandelt, Johann. . . . Nun aber wird es doch nöthig sein, daß ich von dem Inhalt Kenntniß nehme, ich weiß nicht, ob ich Herrn Rodenburg noch so antreffe, daß er im Stande ist, einen Brief vorlesen zu hören, und es nicht nöthig sein wird, ihn bloß mit dem Inhalt kurz bekannt zu machen; zu diesem Zwecke öffne ich den Brief.“

Wilhelmi schlug das Papier auseinander.

Wir glauben nicht, daß der Reichskanzler sich zur Auflösung des Reichstages entschließen wird, da aller Voraussicht nach die Neuwahlen keine andere Zusammensetzung herbeiführen würden. Wäre wirklich im ganzen Lande die so oft von gouvernementalen Blättern behauptete Begeisterung für die so. Kolonialpolitik vorhanden, so würde es für die Gesellschaften, welche sich direkt um Landwerb in Afrika bemühen, nicht so schwierig sein, die nothwendigen Geldmittel zu beschaffen. (Vergleiche: Zur Angelegenheit des Herrn Lüderig.)

Die Rede des Fürsten Bismarck in der Reichstags-Sitzung am Montag hat, da sie sich im Wesentlichen gegen die englische Regierung richtete, in England begreiflicher Weise großes Aufsehen erregt. Nach einem Telegramm der „Frankf. Btg.“ sagt die „Times“ in einer Besprechung dieser Rede: „Wir können dem Fürsten Bismarck die Versicherung geben, daß die Freundschaft Deutschlands von dem englischen Volke nicht weniger geschätzt wird (als die Freundschaft Englands von Deutschland). Wir möchten ihn aber fragen, ob es nicht, trotzdem die jetzt im Amte befindlichen Staatsmänner ihm begründete Ursache, beleidigt zu sein, gegeben haben mögen, besser wäre, zu vermeiden, seinen Unwillen bis zu einem solchen Punkte zu treiben, daß er dadurch das gegenseitige Wohlwollen der beiden Völker zu stören riskirt.“

Zur Angelegenheit des Herrn Lüderig (Angra Bequena) sagt die „Demokratische Korrespondenz“ u. A.: „Wir finden zunächst gar nichts Auffallendes daran, daß Herr Lüderig das Risiko, welches mit jedem derartigen Unternehmen verknüpft ist, theilweise auf die Schultern Anderer abwälzen will. Die Aufgaben, welche ein solches Unternehmen zu lösen hat, sind zu groß für einen Einzelnen. Nur wundern wir uns, daß die Beschaffung der erforderlichen Kapitalien, wie aus den vorliegenden Berichten erhellt, immerhin einige Schwierigkeiten zu verursachen scheint. Die Zahl der Kolonial-Enthusiasten ist im Deutschen Reiche gegenwärtig so groß, daß man meinen sollte, nicht nur eine Million, sondern der fünf- oder zehnfache Betrag müßte sich mit Leichtgläubigkeit beschaffen lassen. Der Kolonial-Verein zählt 8500 Mitglieder, unter welchen eine große Anzahl vielsache Millionäre sind. Unter den eifrigsten Heißspornen der Kolonialpolitik, aus den Rheinländern, der Pfalz, aus Württemberg und Baden wüßten wir schon Duzende von Leuten aufzuzählen, welchen es nicht schwer fallen würde, das Herrn Lüderig fehlende Kapital und mehr als das, jeder für sich allein, herzugeben. Erst in den jüngsten Tagen hat der Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen“ in Rheinland-Westfalen, welcher die reichsten Industriellen dieses großen Bezirks zu seinen Mitgliedern zählt, seiner Sympathie für die deutsche Kolonialpolitik in der nachdrücklichsten Weise Ausdruck gegeben. Rein Zweifel also, daß alle diese Herren gerne bereit sein werden, ihre Worte auch durch Thaten zu bekräftigen. Nach der Rentabilität des Kapitals, welches die unter deutschen Schutz gestellten Niederlassungen erfordern werden, ist ja bisher nicht gefragt worden. Bei Unternehmungen von solcher nationalen Bedeutung kommt es auch darauf nicht an. Wenigstens für Diejenigen nicht, welche der Meinung sind, Deutschland müsse um jeden Preis Kolonien

Er war sichtlich überrascht und bestürzt durch den Inhalt.

„Also sogar bis zum Verbrechen sollten sie gegangen sein. . . . Unglaublich. . . . aber wahr ist's, daß sie auch diesen Verwandten durch eine Intrigue fern zu halten wußten. . . . An das Verbrechen — nein, ich mag nicht daran glauben.“

Laut fügte er hinzu, indem er sich wieder an Johann wandte:

„Schlimm, sehr schlimm, Johann, daß dieser Brief nicht an seine Adresse gelangte; aber ich verspreche Ihnen, Herr Rodenburg soll den Inhalt wissen.“

„Ich hätte nicht gedacht, Barthel,“ sagte Johann, „als er mit seinem Dienstenossen auf dem Rückwege war, daß Du ein so schlechter Rekl bist, und gegen Fräulein Rodenburg und gegen Herrn Brand falsches Zeugniß ablegtest.“

„Darüber kannst Du nicht urtheilen, Johann,“ versetzte Barthel, „Du hast nur für Dich selbst zu sorgen, und hast keine Familie. . . und wußte ich denn, was sie damit bezwecken, als sie mich durch Drohungen zu jenen Aussagen zwangen?“

„Es ist nur gut, daß jetzt noch Alles an den Tag gelangt, und daß der Herr nicht mit dem Verdacht gegen seine Rechte das Leben verläßt.“

„Wir haben uns Beide nichts vorzuwerfen,“ versetzte Barthel, „Du hättest Deinen Brief abgeben müssen, und wenn es hätte sollen mit Gewalt geschehen; ich sah's dem Herrn Wilhelmi an, wie wichtig der Inhalt war.“

„Nun, wir wollen hoffen, daß mein Auftrag und Deine Beichte nicht zu spät kommen!“

### Dreißigstes Kapitel.

Im Schlosse selbst ging es zwar außerordentlich schweigend, aber doch sehr rührig zu. Herr Prediger Amberg, der diesen Morgen mit einem Notar eingetroffen war, hatte eine geheime Konferenz mit Charlotte. Der Gegenstand ihrer Unterredung stand im merkwürdigsten Zusammenhange mit den Unterhaltungen, die wir auf dem Hofe be-

### Feuilleton.

### Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dux.

(Fortsetzung.)

„Ich erinnere mich, Barthel, daß Ihre Aussagen dazu beitragen, Fräulein Lucie Rodenburg zu belassen und den Verdacht zu bestrafen, den man gegen sie ausgesprochen hat. . . . und Sie erklären, daß Ihr Zeugniß ein falsches gewesen sei.“

„Ich will Niemanden beschuldigen, ich will Alles auf mich nehmen. . . . Ich höre, es sieht schlimm mit Herrn Rodenburg und daß er Sie rufen ließ, ist mir ein Beweis, daß es sehr schlimm steht. . . . Erfüllen Sie mir eine Bitte.“

„Ich höre!“

„Sagen Sie also dem Herrn, daß er seiner Rechte und Herrn Brand Unrecht gethan hat, daß ich schuld daran bin, daß ich ihn betrogen habe. . . . Ihm will ich Alles gehören, wie es war, wenn er mich anhören will.“

Wilhelmi wandte sich an Johann.

„Bestellen Sie Ihrem Herrn, daß ich in einer Stunde im Schlosse sein werde.“

Er begleitete diese Worte mit einer Bewegung, daß sie entlassen seien. Barthel zog sich in der That bis an die Thür zurück.

Johann aber blieb stehen, blickte einige Male in den Boden seiner Mütze hinab und hob endlich in verlegenem Tone an:

„Auch ich hätte eine Bitte, Herr Wilhelmi.“

„Sind Sie sich auch einer Ungerechtigkeit gegen einen Verwandten des Herrn Rodenburg bewußt?“

„Gewissermaßen ja!“

„Gegen Fräulein Lucie Rodenburg?“

„D, nein, Herr Prediger; ich habe sie stets in Schutz genommen, wenn man einen Stein auf sie werfen wollte; ich habe immer gesagt, es sind Alles Lügen. . . . aber ich habe einen Auftrag nicht ausgerichtet, den ich von einem jungen Mann im Friedenthaler Krug erhielt; ich erfuhr







welchen sie regelmäßig, auf ihrem Wagen sitzend, austrank. Vorher Vormittag v. fand sich Frau St. mit ihrem Fuhrwerk vor dieser Konditorei, versorgte von da aus die Kunden in den benachbarten Häusern mit Milch und ließ in der Zwischenzeit ihren Kutscher auf dem Wagen allein zurück. Während ihrer Abwesenheit wurde aus der Konditorei ein Kännchen Kaffee für sie nach ihrem Wagen gebracht, das der Kutscher an sich nahm. Als Frau St. nach ihrer Rückkehr den Kaffee trinken wollte, bemerkte sie nach dem ersten Zuge, daß dem Kaffee Phosphor beigemischt war und sie stellte den Kutscher deshalb zur Rede, indem sie den Verdacht aussprach, daß er die Köpfe seiner Streichhölzer vineingeklebt habe, um sie aus Rache wegen seiner Verabredung zu vergiften. Der Kutscher bestritt dies und wollte überhaupt mit Streichhölzern nichts zu thun gehabt haben. Frau St. besah sich mit dem Kaffee nach der Konditorei, woselbst durch Unternehmung festgestellt wurde, daß Phosphor von Streichhölzern abgeschabt und in den Kaffee geworfen worden sei. Ein hinzugerufener Schuttmann brachte den Kutscher L. zur Weiche, woselbst dieser einräumte, daß er allerdings die Beimischung des Phosphors zu dem Kaffee verschuldet habe. Beim Ansehen seiner Hantare waren eine Anzahl Streichhölzer aus seiner Streichhölzschachtel in den heißen Kaffee gefallen, er hätte sodann die Streichhölzer aus dem Kaffee herausgenommen und diesen ganzen Vorfall seiner Herrin gegenüber deshalb verheimlicht, um nicht wegen seiner Ungehorsamkeit auszuhalten zu werden. L., dessen Angaben, wonach er nur fahrlässig gehandelt hätte, wenig glaubwürdig erschienen, wurde nach dem Kriminalkommissariat gebracht, von wo aus vor gestern seine Vorführung vor den Staatsanwalt erfolgte.

**Wegen Eddingungsverfuch** seiner angeblich treulosen Braut ist gestern der in der Mantuffelstraße Nr. 82 wohnende Seiler Johann Karl verhaftet worden. Karl, ein 29 Jahre alter Mann, welcher sich bisher eines guten Rufes erfreut hat, untersteht seit vorigem Jahre ein Liebesverhältnis mit einem jungen Mädchen und vereinbarte mit dieser, daß er sie nach der Beschaffung der notwendigen Wirtschaftseinrichtung verheirathen wolle. Er mietete zu diesem Zwecke eine Wohnung und kaufte noch und noch von ihm erkrigeten Arbeitszeuge Möbel und sonstige Wirtschaftsgüter. Seit Anfang d. J. wohnte die Braut in dieser von Karl eingerichteten Wohnung, anstatt aber sich gleichfalls für die Hochzeit vorzubereiten und die ihr obliegenden Anschaffungen zu machen, veräußerte sie nach und nach das vom Bräutigam angeschaffte Mobiliar und verwannte den Nach zur Befriedigung ihrer augenblicklichen Bedürfnisse. Auch über ihren Lebenswandel erhielt Karl von Bekannten sehr ungünstige Mittheilungen, und sie selbst benahm sich ihm gegenüber von Tag zu Tag kühler und gab ihm zu verstehen, daß sie von ihm nichts mehr wissen wollte. Vor gestern Abend begab sich Karl mit einem Revolver, welchen er unter dem Rock versteckt hatte, nach der Arbeitsstelle seiner Braut, erwartete diese vor der Haustür und ging mit ihr gemeinschaftlich nach der Mantuffelstraße, ihr wegen ihrer Untreue Vorhaltungen machend. Da aber diese keinen Eindruck auf die Revolverin zu machen schien, so zog Karl seinen Revolver hervor und schoß damit auf seine frühere Geliebte und verletzte dieselbe an der rechten Schulter. Karl wurde von Passanten festgenommen und zur Polizeiwache in der Reichendergerstraße gebracht, während die Verletzte nach ihrer in der Nähe befindlichen Wohnung geschafft wurde, woselbst sie sich in ärztlicher Behandlung befindet.

**Ein Weidenlieb.** In der Rathenowerstraße begegnete gestern ein Schuttmann einem verdächtig aussehenden Manne, welcher zwei Bündel frisch geschnittener Weidenruthen bei sich trug. Da der Mann über den Erwerb dieser Ruthen glaubwürdige Angaben nicht machen konnte, so sistirte der Beamte den Verdächtigen zur Polizeiwache, woselbst dieser, ein „Arbeiter“, einräumte, die Ruthen von den Weiden an der Böschung des Treidelweges am Nordhafen abgeschritten zu haben. Diese selbst von der Stadt angepflanzten Weiden dienen nicht nur zur Verschönerung der Anlagen, sondern sie sind auch von hohem Nutzen, da sie beim Steigen des Wassers die Bemüpfung und Verlandung des Weges verhindern. R. ist wegen dieser rohen Sachbeschädigung zur Haft gebracht worden.

**Belealliance-Theater.** Die Aufführungen der lustigen „Ein gemachter Mann“ werden für 2 Tage (Sonntag und Sonntag) unterbrochen, da Herr Direktor Theodor Lebrun sich bereit erklärt hat, dem allgemeinen Wunsch des Publikums nachzukommen und an diesen beiden Tagen als Doktor Alalus in „Artonge's gleichnamigen Lustspiel aufzutreten.

**Polizeibericht.** Am 28. v. M. verunglückte in der Gemmeisen Fabrik des Dr. Marasse, Schulendorferstraße 19, der Arbeiter Aderholz dadurch, daß ihm ein etwa 50 Kilo schweres Pack beim Aufwinden über eine Treppe in Folge Zerreißen der dazu benutzten Kette gegen das Bein rollte, so daß er einen Bruch des rechten Oberschenkels erlitt und nach der Chamie gebracht werden mußte. — An demselben Tage, Nachmittags, fiel auf dem Eisenbahnschienen-Lagerplatz von Drudenmüller, Schönebergerstraße 15, dem Arbeiter Vanda eine etwa 50 Kilo schwere Eisenplatte auf das rechte Bein,

so daß er einen Bruch des Schienbeins erlitt und nach dem Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am 3. d. M. Nachmittags machte der Seiler Karl vor dem Hause Mantuffelstraße 75 auf die in diesem Hause wohnhafte unterthelichte Töpfer, mit welcher er früher ein Liebesverhältnis unterhielt, einen Mordversuch, indem er mittelst Revolvers auf dieselbe eintraug und ihr einen Schuß in die rechte Schulter beibrachte. Karl wurde verhaftet.

### Soziales und Arbeiterbewegung.

In Oesterreich lösen sich noch vor dem drohenden Sozialistengesetz viele Arbeitervereine und Hilfsklassen auf, die bisher eine segensreiche Thätigkeit entfalten. — Sowie am 8. Febr. die Union der Wiener Metallarbeiter, so hat sich am 15. Febr. die freie Genossenschaft der Buchbinder, Futteralmacher u. s. w. wegen des drohenden Sozialistengesetzes selbst aufgelöst. Dieser Verein hat während seiner 9jährigen Thätigkeit 31 000 fl. an erkrankte und arbeitslose Mitglieder ausgezahlt. Der Referent betonte unter anderem, daß man sich diesem Gesetze nicht fügen könne, daher die vorzeitige und freiwillige Auflösung. So wie die Union der Wiener Metallarbeiter, so machte auch dieser Verein die Bibliothek einem der ältesten und bewährtesten Genossen zum Geschenk. Die vorhandenen Baarmittel wurden bei der Niederösterreichischen Sparkasse deponirt. Am 22. erfolgte bei außerordentlichem zahlreichem Besuch die Auflösung des 3. Wiener Fachvereins u. zwar der Sattler, Riemer und Lachner. Der Beschluß erfolgte nach einem Referat Gehlke's einstimmig, und zwar dahingehend, daß die Mitglieder der Krankenkasse in Rorporate der allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenklasse beitreten. Die Bestreitung des Eintrittsgeldes und eines je nach wöchentlichen Beitrage leistet die Kasse des aufgelösten Vereines, und zwar derart, daß die Mitglieder die weitesten Vortheile ihrer neuen Zugehörigkeit — unentgeltliche ärztliche Verpflegung und freie Arznei — genießen und auch der Leichenbestattung's-Abtheilung angehören. Die Arbeiter-Krankenkasse übernimmt alle in dieser Weise Beitretenden ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheitszustand. Das Vermögen der Fortbildungskasse so wie der verbleibende Rest der Krankenkasse der Sattler wird in der Sparkasse für einen zukünftigen Fachverein deponirt. Die Vereinsbibliothek und das Mobiliar beschloß die Versammlung dem ältesten Vereinsmitgliede Gehlke zu schenken. Für die gegenwärtig Arbeitslos sind die ganze statutenmäßig zulässige Unterstützung ausgezahlt worden. — Auch das Erscheinen der „Wahrheit“, des Wiener Arbeiterblattes, ist eingestellt.

Unter andern wird dieser Beschluß wie folgt motivirt: „Wir sind nicht gewillt, bei Besprechung der für unsere Partei als Lebensfrage geltenden Sozialistengesetz-Vorlage unseren thatsächlichen Standpunkt derart abzuschwächen, als dies den Anschauungen der Breßbede entspricht. Darüber in einer der Staatsanwaltschaft genehmen Weise zu schreiben, hieße unsere Bestrebungen mit Füßen treten, und nimmermehr soll man uns das mit Recht nachsagen können. Beharren wir aber andererseits, getreu unserer Anschauung, in der Besprechung der fraglichen Regierungsvorlage, so würden wir einzig und allein für eine l. l. Papierstampfe schreiben, und dazu fühlen wir selbstredend verdammt wenig Lust.“ Wir sehen, daß das Sozialistengesetz schon jetzt gewaltige Schatten vorauswirft.

**Die betrügerischen Manipulationen des Kommerzienraths Epner** in Landesbut, so schreibt man der „Hamburger Post“, erscheinen noch in viel schlimmerem Lichte, wenn man die Hauptthatsachen dieses Herrn genauer kennt. Epner ist nämlich der Leorzugteste Militärlieferant und Inhaber der Militär-Effektenhandlung Castaedi u. Thewald in Köln. Letztere Firma hat erst vor vierzehn Tagen vom Provilantamt in Köln eine große Bestellung auf Dreil erhalten, und zwar zu höheren Preisen, als andere Lieferanten angeboten hatten. Epner hätte in Rücksicht auf seine direkten Bezugsquellen und die Art, wie er seine Arbeiter um den sauer verdienten Lohn bestahl, weit billiger sein können, als andere Lieferanten. Entgegen den falschen Zeitungsmeldungen muß auch ich konstatiren, daß die Arbeiter sich musterhaft benommen haben und ein Aufgebot von Gendarmen durchaus nicht nöthig war. In Landesbut steht die gesammte Bevölkerung bis hinauf zum Bürgermeister auf Seiten der Arbeiter und herrscht allgemeine Entrüstung über die Handlungsweise des feintreichen Kommerzienraths.

**Den Zuckerkonsum pro Kopf der Bevölkerung** schätzen die Herren Wm. Connal u. Co. in den verschiedenen Ländern wie folgt: Großbritannien und Irland 67 1/2 Pfund; Vereinigte Staaten 51 Pfund; Frankreich 26 Pfund; Deutschland 12 Pfund; Oesterreich 10 Pfund; Rußland 9 Pfund. Zahlen für Holland und Belgien sind nicht angegeben, doch dürfte man nicht fehl gehen, wenn man den Konsum pro Kopf der Bevölkerung dieser Länder als wenig hinter den Biffen für Frankreich zurückstehend ansieht. Diese Zahlen zeigen auf den ersten Blick, welche enorme Ausdehnung der Konsum Englands und Amerikas unter dem Einfluß eines vollkommenen Frei-

handels oder mäßiger Böse gewonnen hat, während der Konsum Rübenzucker produzierender Länder nur geringe Fortschritte unter den bestehenden Gesetzen machte, welche nicht nur eine durchaus künstliche Ueberproduktion großgezogen, sondern gleichzeitig auch die niederen Klassen verbindet haben, die Vortheile des billigen Zuckers als eines Nahrungsmittels auszunutzen. Eine mäßige aber allmähliche Herabsetzung der Zuckesteuern in Europa würde eine bessere Lösung der gegenwärtigen Krise sein, als alle Kombinationen, die Produktion niederzuhalten, und würde gleichzeitig dem Staatschatz der verschiedenen Länder zu Gute kommen, die jetzt in Ausfuhrvergütungen den größten Theil der auf die Fabrikation erhobenen Steuern zurückzuvergeben haben.

**Beruf und Religionsbekenntnis.** Im Preussischen Staate befanden sich am 5. Juni 1882 17 659 144 Evangelische, 9 220 328 Katholiken und 357 554 Juden. Erwerbsthätig waren in einem Hauptberuf 7 617 096 Evangelische, 3 937 623 Katholiken und 137 138 Juden, während 10 042 048 Evangelische, 5 282 703 Katholiken und 220 416 Juden Angehörige ohne Hauptberuf waren. Sondern man die einzelnen Berufsgruppen von einander, so findet man, daß von 100 Erwerbsthätigen in der Landwirtschaft (Bodennutzung, Tierzucht und Fischerei) thätig waren bei den Evangelischen 38,9, bei den Katholiken 43,8, bei den Juden 1,2, überhaupt 40,1 pCt., bei der Industrie und den Gewerben 31,0 Evangelische, 31,9 Katholiken und 20,8 Juden, im Handel 4,0 Evangelische, 3,0 Katholiken und 5,9 Juden. Als Rentner, Pensionäre, Anstaltsinassen, ohne Beruf oder Berufsanzeige, zählte man von 100 bei den Evangelischen 6,4, den Katholiken 5,0 und den Juden 13,1. Die Gegensätze zwischen der Landwirtschaft und dem Handel bezüglich der Theilnehmung der Juden sind eklatant. In einzelnen Gewerben z. praxialsten verhältnismäßig die Katholiken bedeutend, z. B. in der Textilindustrie und dem Bergbau (eine Folge davon, daß die Hauptstühle dieser beiden Industrien in katholischen Gegenden liegen), in anderen die Juden, so im Buchdruckergewerbe, in den Bekleidungsindustrien, besonders aber in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel und im Beherbergungs- und Schanzgewerbe (hier 1,34 Co., 1,05 Kath. und 2,66 Juden auf je 100 Erwerbsthätige dieser Konfession). An den sogenannten „freien Berufen“ (Arzt, Lehrer, Advokat etc.) waren 5,4 Evangelische, 4,2 Katholische und 4,6 Juden von je 100 Erwerbsthätigen dieser Konfession betheiligt; darunter in der Verwaltung und Rechtspflege 1,17 Evangel., 0,73 Kathol. und 0,78 Juden, im Heeresdienste und Kriegskontendienste 2,39 bzw. 1,91 bzw. 0,68, in Religionspflege, Erziehung und Unterricht 1,13 bzw. 0,91 bzw. 1,89, in Gesundheits- und Krankenpflege 0,33 bzw. 0,38 bzw. 0,78 und in der Schriftstellerei und den ausübenden Künsten 0,43 bzw. 0,27 bzw. 0,51 von je 100 Erwerbsthätigen der drei Hauptkonfessionen.

**Die Berliner Brauereien.** Wie so viele andere Industriezweige der Reichshauptstadt, so hat auch das Berliner Brauergewerbe in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen. Während man vor dreißig Jahren nur von Berliner Weiskbierbrauereien sprach, welche übrigens bei Weitem nicht den Umfang und die Bedeutung der heutigen Etablissements dieser Art erreichten, zählt Berlin nun eine Anzahl von Bairisch-Bier-Brauereien, die, was den Absatz betrifft, den ersten Etablissements in Baiern wohl den Rang ablaufen. Wir zählen in Berlin selbst 26 Bairisch-Bier-Brauereien, 31 Weiskbier-Brauereien und 14 Etablissements, welche Bitter-, Braun- oder Gräyer Bier erzeugen. Wie bedeutend aber die Fabrikation ist, geht daraus hervor, daß im vergangenen Jahre allein ca. 45 443 900 Kg. Braumalz mit 1 817 700 M. (ohne den kommunal Zuschlag) veräußert wurden. Das in Berlin erzeugte Quantum Bier beläuft sich auf etwa 1 817 300 Hektol. Hieran partizipiren — was das Quantum des erzeugten Ertrages von den Bairisch-Bier-Brauereien anbelangt — das Böhmisches Brauhaus (Knoblauch) mit ca. 188 200 Hektol., Pagenhofer (Friedrichshöhe) mit ca. 139 500 Hektol., feiner Tivoli mit ca. 133 300 Hektol., Unions-Brauerei mit ca. 77 500 Hektol., Königsstadt mit ca. 76 000 Hektol., Roabit (Adrens) mit ca. 71 000 Hektol., die Post-Brauerei mit ca. 70 300 Hektol. — Die bedeutendste Weiskbier-Brauerei ist die von Breithaupt, welche fast 79 000 Hektol. erzeugte, dann folgt Landre mit ca. 65 000 Hektol., Gabriel u. Bäger mit ca. 52 500 Hektol., Hülfebein mit über 45 500 Hektol. und Richter mit ca. 36 500 Hektol. Von den Aktien-Brauereien erzeugen Bolle und Gerde geringere Quanten. — Unter den Bairisch-Bier-Brauereien gewöhnliche Pagenhofer eine Dividende von 25 pCt. (gegen 20 pCt. im Vorjahre), Böhmisches Brauhaus 10 pCt. (gegen 9 pCt.), Tivoli 6 pCt. (gegen 3 1/2 pCt.), Königsstadt 4 1/2 pCt. (gegen 0 pCt.). — Die Weiskbier-Brauerei Landre vertheilte 8 pCt. (gegen 7 pCt.), Gerde 6 1/2 pCt. (gegen 4 pCt.) (B. T.)

**Die Maurer und Zimmerer Dresdens** treten in eine Lohnbewegung ein. Sie fordern 34 Bfg. Arbeitslohn pro Stunde, Einführung eines täglich zehnstündigen Normalarbeitslages und Abschaffung jeder Sonntagsarbeit. Für vergangenen Sonntag, Vormittags 11 Uhr, hatte eine erwählte

Schaft für sich fordern könnte; daß ja möglicher Weise auch Emmy von dem alten Rodenburg beobacht werden könnte; daß derselbe möglicher Weise auch noch verschiedene Legate aussieht. Amberg hatte sich mit großem Widerstreben entschlossen, jenen Zusatz zu machen; nachdem er sich aber ausgerechnet, daß, wenn auch alle diese ungünstigen Umstände zusammentreffen sollten, doch noch genug für ihn übrig bleiben würde, um zehntausend Thaler als eine Kleinigkeit erscheinen zu lassen, und namentlich da er sah, daß Charlotte unerschütterlich darauf bestand, und sich weber durch die zärtlichsten Schmeicheleien, noch die heiligsten Versprechungen bestochen ließ — so fügte er endlich mit einem tiefen Seufzer jene Klausel ein.

Es war die höchste Zeit, daß dies Geschäft vollendet war. In athemloser Hast kam Frau Amberg herein mit der Nachricht: „Der Alte wird sichtlich unruhiger. Emmy, welche diesen Augenblick bei ihm ist, trug mir auf, Dir zu sagen, daß die höchste Eile von Nöthen sei. Eben war der Arzt bei ihm.“ — „Nur noch wenige Tage!“ — so hat sein Ausspruch gelautet.

„Ja, ist er denn geneigt?“ — „Unsere Emmy hat es durchgesehen; er hat dem Arzt erklärt, daß er noch heute sein Testament machen werde.“ — „Ich glaube Amberg, jetzt ist der rechte Moment. Er hat gewünscht, uns Alle noch einmal zu sehen, da er sich zum Sterben matt fühlt.“ — „D. vortrefflich! Ist der Notar unterrichtet?“ — „Er wartet Deines Willens!“ — „Nun, dann wollen wir's versuchen, daß nach so vielen Mühen und Anstrengungen endlich der Lohn erfolgt.“ — „Auch ich wünsche es Ihnen von ganzem Herzen.“ — „Charlotte. Und was mich betrifft, so werde ich Ihnen, nachdem ich im Besitz dieser Schrift bin, keinen Stein in den Weg legen; und wenn ich auch das Meiste dazu gethan habe, daß Alles so gekommen, so bin ich doch mit der bescheidenen Abfindung zufrieden.“ — „D. Bescheiden!“ antwortete Amberg seufzend. „D.

Fräulein Charlotte“ — er fügte dieses „Fräulein“, in Rücksicht auf die Gegenwart seiner strengen Ehehälfte hinzu — „Sie fordern schwere Opfer; aber ich habe sie gewährt im Vertrauen, daß der Herr demjenigen, der bereitwillig treue Dienste lohnt, seine Opfer zehnfach vergilt.“ — „Nun, Amalie laß uns gehen und diesen so hochwichtigen Moment ausnützen. Auf daß wir aber einen gegründeten Vorwand haben, uns in corpore bei ihm einzufinden und gleichzeitig der Sache eine gewisse Feierlichkeit geben, so müssen wir diesem Moment das Ansehen geben, als ob es die letzte Stunde eines Sterbenden wäre, der noch einmal seine Lieben um sich versammelt.“

„Ich glaube, es ist nicht nöthig, ihm seinen Zustand schlimmer darzustellen, als er ist. Der Arzt sagte mir diesen Morgen, daß seine Auflösung in der That in Kurzem zu erwarten steht.“

„Thut nichts; in Kurzem kann sich auch noch Vieles ändern. Wir müssen den Moment mit Klugheit erfassen. Wer weiß, ob er nicht sonst auf den Gedanken kommt, Wilhelm rufen zu lassen.“

### Vierundzwanzigstes Kapitel.

Rodenburg saß in seinem Zimmer in dem Lehnstuhl, in welchem er schon seit vielen Wunden saß, hinstehend, brütend, gramverzehrt, kummerbeladen, trostlos, einsam — ein vernichteter, niedergedrückter Mann ohne andere Gesellschaft als Fräulein Emmy Amberg, die ihn unaufhörlich ihrer Liebe und Zärtlichkeit versicherte und es an Beweisen von Aufmerksamkeit nicht hatte fehlen lassen. Aber selbst der alte gebeugte Mann mochte herausfühlen, daß ein großer Theil all' dieser Zärtlichkeit wohl durch die Aussicht auf den Lohn veranlaßt sei.

So saß er ohne andere Hoffnung als die auf die Wirkung der Medikamente, nach welchen er sich von Tag zu Tage schwächer fühlte; und wenn er noch einen Schimmer von Hoffnung auf Wiedergenesung hatte, so ward derselbe ausgelöscht, sobald er in das bedenkliche Antlitz seines Arztes sah, der, wenn er seinen Puls fühlte oder ihn nach seinem Zustand fragte, nur ein Achselzucken

und ein ungläubiges Kopfschütteln als Erklärung seines Zustandes hatte.

Der alte Herr grämte sich nicht darüber. Das Leben hatte ja für ihn keinen Werth mehr.

Er hätte es gern aufgegeben, wenn nicht der Gedanke ihn unablässig gequält hätte, daß er sterben sollte, ohne eine Schuld gesühnt zu haben, die ihn drückte, so sehr ihm auch Amberg versicherte, daß er sich hinsichtlich seines Verhältnisses gegen seine Bruderkinder keinen Vorwurf zu machen habe.

So wie Rodenburg seit Monaten in seinem Lehnstuhl gefesselt hatte, so saß er auch heute in demselben, nur elender als je, zum Sterben matt. Er war nicht im Stande das Haupt aufzurichten, und nur mit einem schüchternen Blick bemerkte er die Eintretenden.

Als er Amberg's betrübte Miene sah, als Emmy plötzlich laut zu schluchzen begann, als Frau Amberg, dadurch gerührt, nun auch in Thränen ausbrach, — da erschraf der Kranke.

Mein Gott, man wußte, daß man zu einem Sterbenden komme. Also seine Stunden waren gezählt.

„Ich ließ Euch rufen“, sagte er mit schwacher Stimme. „Kommen Sie näher zu mir heran, Amberg, damit Sie mich besser hören.“

Amberg mit über der Brust gekrauzten Armen und zur Seite geneigtem Haupte, näherte sich ihm langsam und stellte sich hinter seinen Stuhl. Emmy kniete vor dem Sterbenden, das Taschentuch vor den Augen, laut schluchzend.

„Sie sind der Einzige, welcher mir bis ans Ende treu geblieben ist, Amberg“, sagte Rodenburg mit schwacher Stimme.

Emmy schluchzte ein wenig leiser, damit sie besser hören könne.

„D. was ich that“, antwortete Amberg, ist mir diktiert durch die heilige Pflicht meiner Freundschaft.“

„Ich will mein Testament machen“, fuhr Rodenburg fort.

(Fortsetzung folgt.)



Lohnkommission der Maurer und Zimmerer sämtliche Architekten, Maurer- und Zimmermeister, sowie Bauwerke zu einer gemeinschaftlichen Besprechung nach Reinhold's Sälen eingeladen. Die Besprechung wurde indes auf die bekannte Manier durch Abtreibung des Lokals verhindert, wodurch die Dreißiger Speißbürger den eventuellen Streik im Keime ersticht zu haben glauben.

**Warschau, 2. März.** Etwa 300 brotlose Arbeiter, darunter auch Frauen und Kinder, versammelten sich, wie der „Polener Zeitung“ gemeldet wird, brüt Vormittags vor dem Rathhause und verlangten nach Brot und Arbeit. Polizeimannschaften und Lokalen umringten die Menge und prüften die Personallegitimationen. Eine Anzahl Hungerer wurde in der Feuerwehrlöscher mit Speise versehen. Gut! Jedenfalls besser wie gar nichts! Aber auf die Dauer werden die Arbeiter von der einmaligen Gnadensfütterung nicht satt werden!

### Vereine und Versammlungen.

be. Eine große Arbeiter-Versammlung, welche am Dienstag, den 3. d. Mts., Abends, nach „Sanssouci“, Rotbuserstr. 4a, von dem Bureau einer vor 8 Tagen dafelbst stattgefundenen Arbeiter-Versammlung mit derselben Tagesordnung wie beschlossen, einberufen war, beschaffte sich unter Vorsitz des Herrn Vasse mit dem Arbeiterschutz-Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Fraktion, der voraussichtlich am Sonnabend, den 7. d. Mts., im Reichstag zur Berathung kommen wird. Der Referent Herr Max Kreuz verlas die einzelnen Paragraphen des Entwurfs und erläuterte und besprach dieselben, er drückte wiederum seinen Zweifel aus, ob der zehnständige Maximalarbeitstag für gewisse Gewerke und besonders in Berlin für Metallarbeiter, Tischler etc. genügen werde, und verlangte einen achtstündigen Maximalarbeitstag und ebenso ein Verbot der Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Wöchnerinnen nicht auf acht, sondern mindestens auf zwölf Wochen. — Hierauf erhielt von tausendstem Beifall begrüßt das Wort: Als gelegentlich der Reichstagsberatung ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion die Mitteilung machte, daß die Partei einen Arbeiterschutzgesetz-Entwurf vorbereitet, erreichte diese Nachricht auf allen Seiten des Hauses eine gewisse Unruhe und eine hochgespannte Erwartung, wie die Sozialdemokratie auf dem Boden der heutigen gesellschaftlichen Ordnung sich eine Reform vorstelle und für möglich halte. Es war klar, daß wir nicht dem Beispiel der ultramontanen und konservativen Partei folgen konnten, welche durch eine einfache Resolution die Regierung aufforderten, gewisse Uebelstände zu beseitigen, wir mußten, nachdem wir so oft in der Wahlbewegung die jetzigen Zustände kritisiert hatten, vor dem Lande unsere Vorstellungen auf Beseitigung derselben einlösen, wir mußten zeigen, auf welche Weise einschneidende Veränderungen vorzunehmen seien, die seit lange als wünschenswerth und notwendig erkannt worden sind. Diese weitgehende Absicht erforderte ein genaues Studium aller Verhältnisse, die in Betracht zu ziehen sind und so konnte erst Ende Januar die Arbeit fertig gestellt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf liefert den Beweis, daß wir mit Ruhe und Sachlichkeit an die Ausarbeitung gegangen sind, daß es uns heiligster Ernst mit unseren Forderungen ist und mit unserer Ansicht, daß im Rahmen der heutigen wirtschaftlichen Gestaltung eine ganze Reihe von Abänderungen möglich sind, nach unseren Vorschlägen, die alles weniger als vage Ideen und utopische Träume darstellen. (Stürmischer Beifall.) Das gesammelte Material, wie es der Gesetzentwurf darstellt, zerfällt in fünf größere Abtheilungen und betrifft 1. Beschränkung der Buchhausarbeit; 2. Einführung des Maximalarbeitstages; 3. Einführung der Festsetzung eines Minimallohnes durch die projektirten Arbeitsämtern; 4. Verbot der Sonntagsarbeit; 5. Organisationsbestimmungen. Das Verbot der Buchhausarbeit für Privatunternehmer ist durchaus notwendig, da den Anossen der Gefängnisse und Buchhäuser die Arbeit nicht überhaupt verboten werden kann, weil eine fortwährende Unthätigkeit die härteste Strafe wäre und nur die Arbeit sie befähigen kann, wieder nützliche Mitglieder der Gesellschaft zu werden, so müssen jedenfalls Maßregeln getroffen werden, die verhindern, daß die Konkurrenz der Buchhausarbeit das Einkommen der freien Arbeit schmälert, das Einkommen der Steuerzahler, auf deren Kosten die Gefängnisse erbaut und erhalten werden. Bereits sind ganze Industriezweige der freien Arbeit entzogen; so werden in der Fabrikation von künstlichen Blumen und Federn Fünftel des ganzen Bedarfs in Gefängnissen hergestellt. Hier muß Wandel geschaffen werden, denn das Uebel erneuert sich immer aus sich selber: die Buchhausarbeit verursacht Arbeitslosigkeit, die Arbeitslosigkeit wiederum die Buchhausarbeit, die Buchhausarbeit führt schließlich ins Gefängnis und der verderbliche Hirtel beginnt von Neuem und schließt immer größere Menschenmassen in sich. Es muß Gesetz werden, daß die Anstalten nur ihren eigenen Bedarf herstellen dürfen und die Nothwendigkeit dieser Maßregel liegt so klar, daß die Frage keine Parteistrage mehr sein kann, sondern von jedem ehrlichen Volksvertreter in dem Sinne der Beschränkung der Buchhausarbeit gelöst werden muß. — Auch dem Maximalarbeitstage bringt man in anderen Parteien ein gewisses Wohlwollen entgegen. Wenn der Referent meint, daß für Berliner Verhältnisse in manchen Branchen der zehnständige Maximalarbeitstag nicht ausreicht, so möge er bedenken, daß es sich darum handelt, für ganz Deutschland Gesetze zu schaffen, und daß den Zuständen in den sächsischen, schlesischen und rheinischen Industriebezirken gegenüber, wo eine 13 bis 14 stündige Arbeitszeit die Regel ist, die Einführung eines Normalarbeitstages von zehn Stunden ein gemäßigter Fortschritt sein würde. Es ist Niemandem eingefallen, zu glauben, daß mit dieser Festsetzung eine unerschöpfbare Norm für alle Ewigkeit gegeben sei; ich bin im Gegentheil überzeugt, daß mit den Fortschritten der Technik, mit der Ausdehnung des Maschinenwesens der zehnständige Arbeitstag bald als ebenso eine Plage empfunden werden wird, wie der jetzige unbegrenzte und daß in fünf oder zehn Jahren die Nothwendigkeit eintreten wird, ihn auf acht Stunden herabzusetzen. Der Maximalarbeitstag hat sich den Verhältnissen anzupassen! (Bravo.) Ein größerer Widerstand wird seitens der anderen Parteien der Bestimmung entgegengesetzt werden, daß die Arbeitsämtern in ihren Bezirken berechtigt sein sollen, für die einzelnen Gewerke einen Minimallohn festzusetzen und selbst in der eigenen Fraktion war dieser Paragraph viel umstritten und es wurde geltend gemacht, daß im Volke die Meinung über diesen Punkt noch nicht so, wie es wünschenswerth, gefestigt sei. Nach meiner Überzeugung ist aber die Festsetzung des Minimallohnes die notwendige Ergänzung des Maximalarbeitstages. Es muß nach unten hin eine Grenze festgesetzt werden, welche das ausbeutende Kapital nicht überschreiten darf, aber, da natürlich hierbei lokale Verhältnisse und die wirtschaftlichen Bedingungen der verschiedenen Landestheile in Betracht zu ziehen sind, so ist diese Festsetzung einer lokalen Behörde, den Arbeitskommissionen übertragen worden, die in fortwährender Wechselbeziehung zu Industrie und Arbeitlern stehend, an der Hand der praktischen Erfahrung und der heute bestehenden Lohnsätze zu bestimmen hat, in welcher Höhe die Industrien den Minimallohn ertragen können. Prinzipien sind wir darüber einig, daß auch nach dieser Richtung hin die Kraft und die Majestät des Gesetzes der freien Konkurrenz entgegenzutreten hat, denn das freie Recht des Individuums findet da seine Grenze, wo es die Rechte Anderer schädigt. Und die Festsetzung eines Minimallohnes ist gar nicht so revolutionär, wie sie aussehend; ebenlogut, wie es in der neueren Gesetzgebung möglich gewesen ist, im Krankengesetz Durchschnittsentwöhnungen nach dem ortsüblichen Tageslohn festzusetzen, wird

sich auch der Minimallohn feststellen lassen und der Widerstand gegen denselben wird zerfallen in eine Seifenblase (Bravo). Wenn die Gegner die Unmöglichkeit des Vorschlages nachweisen, werden wir die ersten sein, die es einsehen, aber sie werden den Vorwurf schuldig bleiben. — Das Verbot der Sonntagsarbeit wird am ehesten aufgenommen werden, denn auch die Konserwativen und Ultramontanen begeistern sich, wenn auch aus anderen Gründen als wir, für dasselbe Ziel und die beiden Parteien, die doch sonst oft genug im schroffsten Gegensatz zu einander stehen, sind ein ständiges Bild lieblicher Einigkeit, wenn es gilt, die armen am Sonntag herumstreifenden Seelen in die mütterlichen Arme der Kirche zu nehmen. (Beifall.) Sie wollen die Art von Frömmigkeit fördern, die sich im Besuch der Kirche ausdrückt, wir aber wollen dem Arbeiter nach der Woche Last und Mühe einen Tag sichern, an dem er nach eigenem Belieben sich körperlich und geistig erholen kann. Die Erziehung der Volksschule läßt manche Lücke, sie lehrt nicht alles, was Noth und reich nicht hin, das bürgerliche Leben in allen Konsequenzen verstehen zu lernen. Darum ist die Erweiterung der Fortbildungsschulen eine dringende Forderung und die Befestigung der Sonntagsarbeit geboten, damit der jugendliche Arbeiter in freier nicht erzwungener Thätigkeit sich in geistiger und technischer Hinsicht fortzubilden Gelegenheit habe. Der verheiratete Arbeiter aber muß einen Tag, an dem er sich ganz seiner Familie widmen kann, sein eigen nennen, dann ist er um so befähigter, in der wöchentlichen Arbeitszeit etwas Nützliches zu leisten. Wir wollen also eine Gelegenheit zu Ruhe und Erholung Jedem verschaffen und wir glauben, daß hierdurch eine Veredlung der Menschheit herbeigeführt wird, ein Ziel, das besser und nützlicher ist, als jede kirchliche Feier. (Stürmischer Beifall.) — Die Ordnung aller dieser Vorschläge bildet die Organisation des Ganzen, die Errichtung von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und eines Reichsarbeitsamtes. Wir sind von der Ansicht ausgegangen, daß zu der Verwaltung die Arbeiter selbst herangezogen werden müssen und daß ihr Element ebenso stark vertreten sein mußte, wie das der Unternehmer. Die Thätigkeit der Arbeitsämtern wird eine segensreiche sein: alle Mitglieder derselben sind mit völlig gleichen Rechten ausgestattet, um Uebelgriffe und Einschüchterungsversuche zu verhindern, wie sie jetzt vorkommen. Das friedliche Zusammenarbeiten mit ihren Arbeitern wird auch für die Unternehmer von Vortheil sein, sie werden daran denken müssen, einen Ausgleich aller Interessen zu suchen. — Alle die genannten Forderungen sind durchführbar und können auf gefestigtem Wege eingeführt werden, wenn alle Faktoren einverstanden sind. Es wird nun an den übrigen Parteien liegen, die Ernsthaftigkeit ihrer oft gehörten Versicherungen, sie wären arbeiterfreundlich zu beweisen, und an den verbündeten Regierungen, Stellung zu dem Entwurf zu nehmen. Ohne auszusprechen zu wollen, daß mit der Annahme des Gesetzes der Himmel auf Erden verulklicht sein wird, hoffe ich doch, daß dasselbe eine Anzahl verderblicher Zustände beseitigen wird und ich würde mich dann glücklich schätzen, an einem solchen Werke mitzuarbeiten zu haben. Ich spreche zum Schluß noch den Wunsch aus, daß eine große Majorität sich im Reichstage für den Gesetzentwurf finden möge; es ist die Pflicht eines jeden Volksvertreters im Namen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit unseren Vorschlägen auszusprechen! (Minutenlanger und wiederholter Beifallsturm). Nach einer kurzen Diskussion, an der sich der Referent und Herr Peter noch betheiligten und einem erheiterten Zwischenfalle, den der bekannte Arbeiter Riesow durch seine vorwornenen religiösen Redereien hervorrief, wurde die Versammlung mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution geschlossen: Die heute am 3. März in Sanssouci tagende Arbeiter-Versammlung erklärt sich mit dem von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages eingebrachten Gesetzentwurf voll und ganz einverstanden und spricht den Wunsch aus, daß derselbe zum Gesetze erhoben werde, weil nur dadurch die materielle Lage der Arbeiter gebessert werden kann.

**Der Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher** tagte am 2. d. Mts. der Mundt, Köpenickerstr. 100. Herr Kreuz hielt dafelbst einen Vortrag über Zentralorganisation. Die Meinstädter, so sagte Redner, seien im Allgemeinen besser organisiert als die großstädtlichen Schuhmacher. Er lege es daher jedem Mitgliede an Herz, selbst Agitator des Vereins zu sein, denn nur dadurch könne der Verein erstarken. An der Diskussion betheiligten sich mehrere Mitglieder, welche sich mit dem Herrn Referenten voll und ganz einverstanden erklärten. Nach einer kurzen Besprechung von Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung um 11 Uhr. Nächste Vereinsversammlung am 23. d. Mts. in demselben Lokale.

**Der Fachverein der Gas-, Wasser- und Heizungs-Rohrleger** hielt am Sonntag, den 1. März 1885, bei Wolf u. Krüger, Salsgerstr. 126, eine Versammlung ab. Den Hauptpunkt, weshalb diese Versammlung einberufen war, bildete der Anschluß des Fachvereins der Rohrleger an den Zentral-Verband der deutschen Metall-Arbeiter nach den General-Beschlüssen. Eine Resolution, welche den jetzigen Zeitpunkt für verfrüht hielt, wurde verworfen und sofortiger Anschluß beschlossen. Abdann wurden noch für die streikenden Knapfarbeiter 20 M. aus der Vereins-Kasse bewilligt, sowie eine Zellerksammlang veranstaltet, welche 6 M. 50 Pf. ergab. Beide Summen wurden den Knapfarbeitern überwiesen.

**Arbeiter-Bezirksverein der Dreimündiger Vorstadt und des Wedding.** In der am 2. März abgehaltenen Generalversammlung wurde zunächst der Kasienbericht vorgelesen, nach dessen Nichtbefinden seitens des Kassiers sich die Versammlung mit der Decharge-Ertheilung einverstanden erklärte. Hierauf folgte die Statutenberathung und wurden die Paragraphen 1-14 des vorgelegten neuen Statuts mit einigen Änderungen angenommen. Die Berathung des übrigen Theils wurde vertagt. Zum Verschiedenen wurde eine am 15. März zu arrangierende Herrenparthei, deren Ziel der Vorstand noch bestimmen wird, beschlossen. Sammelplatz Morgens 8 Uhr im Wedding-Barl. Zur nächsten Versammlung am 16. März ist ein höchst interessanter Vortrag in Aussicht und ist es Pflicht der Mitglieder, zahlreicher wie bisher zu erscheinen. Gäste sind stets willkommen.

Die zweite, von dem kombinirten Komitee der Schneider einberufene öffentliche Versammlung der Schneidermeister und Geiellen, welche unter zahlreicher Betheiligung am Montag Abend unter Vorsitz der Herren Pfeiffer und Obermeister Brinkmann tagte, setzte die Berathungen über event. Maßnahmen zur Aufbesserung der gewerblichen Verhältnisse im Schneidergewerbe fort und war es namentlich die Konfektionsbranche, welche als einer Aufbesserung am bedürftigsten allgemein anerkannt wurde. Nach langen und mitunter recht hitzigen Debatten, in denen namentlich die Anhänger und Gegner von Innungen hart aneinander gerieten, einigte man sich schließlich zu folgender Resolution: „In Erwägung, daß die Konfektionsarbeiter bei ihrem jetzigen Lohne unmöglich den an sie gestellten Anforderungen, betr. Steuern, Miethe etc. zu genügen im Stande, sondern gezwungen sind, die sie und ihre Familien schädigende Notharbeit zu Hufe zu nehmen, beschließt die Versammlung, sämtlichen Konfektionsgeschäften den aufgestellten Minimallohn-Tarif vorzulegen und überall da, wo die angeführten Preise nicht bezahlt werden sollten, mit allen gesetzlichen zu Hufe stehenden Mitteln sofort durchzuführen (und zwar mit Unterstützung aller bestehenden Schneidervereine), da sonst Staat und Kommune geschädigt würden. Die Durchführung des Minimallohn-Tarifes wird dem kombinirten Komitee und der Lohnkommission übertragen.“ Der Tarif setzt an Arbeitslöhnen fest: für einen Rock von Tuch oder Wolle M. 7.50 — für einen Jacket M. 8 — für einen Paletot M. 8 — für einen Mantel mit Pelzenerie M. 10 — für ein Jaquet M. 6 — für eine Dose M. 2.50 — für eine Weste

M. 2.25 — für eine Jagdjoppe M. 5 — für ein Jaquet von Cachemir M. 4 — für einen Rock von Cachemir M. 4.50 — Alle übrigen Arbeiten blieben der freien Vereinbarung überlassen. — Ferner beschloß die Versammlung, an alle hiesigen Schneidervereine die Aufforderung zu richten, Vorschläge betr. Regelung der Buchhausarbeit zu machen.

**Mitglieder-Versammlung der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler u. s. w. Deutsche Gewerkschaftsstelle Berlin B.** (Innere Louisenstadt), Donnerstag, den 5. März, Abends 8 1/2 Uhr in Komrad's Salon, Wassertorstr. 68. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Berathung der Statutenänderungsanträge. 2. Beschlußfassung über das Lokal der neuen Jahrestelle. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist dringend nothwendig, das Buch muß vorgelesen werden. Die nächste Vorstandssitzung findet Donnerstag, den 12. März statt. Außerdem wird den Berliner Mitgliedern bekannt gemacht, daß oben genannte Gewerkschaftsstelle am Sonntag, den 21. März in Baumbach's Kasino, Weinstraßstr. 26, zum Besten des Invalidentfonds ein Tanzkonzert veranstaltet, wozu die Mitglieder freundschaftlich eingeladen werden. Billetts, Herren à 50 Pf.; Damen à 25 Pf., sind Sonnabend auf unseren Bahnhöfen und beim Ortsleiter und Bevollmächtigten zu haben.

Die General-Versammlung der Mitglieder des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen findet Sonnabend den 7. März 1885 in den Grotte-Weih'schen Bierhallen, Kommandantenstraße 77 und 79, Abends 8 Uhr, statt. Tagesordnung: 1) Die Zentralisation der Metallarbeiter Deutschlands und unsere Stellung dem gegenüber. Referent Herr C. Krohm. 2) Diskussion. 3) Wichtige Vereinsangelegenheiten. 4) Verschiedenes und Fragelisten. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen wird um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ersucht.

### Vermischtes.

Eine verhehlte Hinrichtung. Die Traumenle gegen die Todesstrafe haben wieder eine gewichtige Vermehrung durch den Fall einer dreimal mit einem Verurtheilten vorgenommenen Hinrichtungs-Exekution in Exeter in England erfahren. Das Bemerkenswerthe an dem Falle ist unstreitig, daß der Verurtheilte, die Hinrichtung zu vollziehen, in Folge der menschlichen Unvollkommenheit des in England üblichen Henkerrates auch beim dritten Male erfolglos blieb und daß der Verurtheilte nach der dreimal ausgefallenen Qual und Rache, die dem Momente des Todes vorausgeht, begnadigt werden mußte. Es handelte sich um den sogenannten „Babb'combe-Mörder“, jenen Verdienten John Babb'combe, von den Geschwornen in Exeter (Schwurgericht) gesprochen und zum Tode verurtheilt worden war, obwohl er seine Schuld hartnäckig geleugnet hatte. Auch nach der Verurtheilung blieb er bis zum Momente, als er den Gang zum Schaffot antrat, dabei, daß er nicht der Mörder sei. Die Hinrichtung sollte Montag den 23. d. Morgens, im Hofe des Gefängnisses in Exeter stattfinden. Das Schaffot war so eingerichtet, daß ein Theil der Plattform aus einer doppelten Falltür bestand, deren Flügel durch einen Mittelbolzen zusammengehalten wurden; ein Hebel setzte den Bolzen in Bewegung, und sobald derselbe herausgezogen ist, fallen die Flügel der Thür unter den Füßen des Verurtheilten nachgeben und der Körper desselben soll in die zehn Fuß tiefe Höhlung unter dem Schaffot fallen. Der Henker Berry hatte am Sonnabend den Apparat verucht und die Verlenkung war niedergefallen, ohne daß sie belastet gewesen wäre. Am 23. d. Morgens um 8 Uhr, wurde Lee zur Hinrichtung geführt; er ging festen Schrittes und zeigte keine Spur innerer Erregung. Die Kappe wurde ihm über den Kopf gezogen, der Strick um den Nacken gelegt, und nach der Verlenkung der letzten Gebele wurde der Hebel angezogen. Statt zu fallen, blieben die Flügel der Thür fest hängen. Ein zweiter Zug an dem Hebel blieb wieder ohne Erfolg, auch alle die Gehele des Henkers, die zu beiden Seiten des Verurtheilten standen, jeder einen Fuß auf die Verlenkung legten und dieselbe hinabzudrücken versuchten. Lee wurde nun mit der Kappe über dem Gesichte und mit dem Stricke um den Hals in das Gebäude zurückgeführt, und man öffnete nun die Falltür und schloß sie dann wieder mit dem Bolzen. Lee wurde zurückgedrückt, auf die Kappe gestellt, und abermals bemüht sich die Henkersknechte, mit ihren Füßen den Druck des Körpergewichts des Verurtheilten ausübte, zu vernehmen. Diese Anstrengungen waren so heftig, daß die Bretter des Schaffots und den Körper Lee's in die Höhe warfen. Es waren sechs Minuten über diesen Bemühungen, den Verurtheilten zu vollziehen, verfloßen, und man nahm nun den Verurtheilten die Kappe und den Strick ab und führte ihn in seine Hülle zurück. Bei einer näheren Untersuchung des Apparates schien es, daß die Klappthüren in Folge des heftigen Regens am vorangegangenen Tage angeschwollen seien und sich eingeklemmt hatten. Man glaubte aber bald Alles wieder in Ordnung gebracht zu haben, Lee wurde wieder auf die Verlenkung gestellt, die Gebele für Sterbende wurden noch einmal verlesen, und der Henker zog abermals an dem Hebel — abermals blieb aber die Verlenkung fest und unbeweglich, und die Furcht der Gehele erschütterten nur das Gesicht des Schaffots. Die Szene wurde einen furchtbaren Eindruck. Der Verurtheilte, der ohne fremde Unterstützung fest gestanden war, schien endlich der fortwährend erneuten Todesangst zu erliegen. Schon seit zwölf Minuten sollte er jeden Augenblick sterben. Fortwährend war der Hebel angezogen worden, bei jedem Zuge war das Gesicht erregt, und jedesmal mußte Lee des verhängnißvollen Sturzes in die Tiefe gewärtig sein. Nach dreizehn Minuten, die seit dem Beginn der Exekution verlaufen waren, wurden ihm endlich die Kappe und der Strick zum zweitenmale abgenommen und er wurde wieder in die Hülle zurückgebracht. Er war nun vollständig erschöpft und gebrochen; das Gesicht war entstellt und fahl, die Hände blau vor Kälte, die Augen halb geschlossen. Er konnte sich nicht mehr bewegen und mußte über die Treppen hinab- und hinaufgetragen werden. Während die Gehele des Henkers nun die Klappthüren abhoben, damit sie sich nicht mehr ineinander festklammern können, hielten die anwesenden Funktionäre eine Berathung ab. Der Unter-Sheriff der Grafschaft Devon, James, erklärte, er halte sich nicht für berechtigt, einen weiteren Versuch des Vollzuges der Hinrichtung zu gestatten, bevor er dem Staatsanwalte des Jurens einen Bericht über den Fall erstattet und eine genaue Untersuchung des Schaffots hatigsten habe. Der Direktor des Gefängnisses versuchte wohl, den Henker Berry zu rechtfertigen, daß der Apparat am Schaffot ohne Störung funktioniert habe und gerade so eingerichtet sei wie bei einer im vorigen Jahre vorgenommenen Hinrichtung. In der That wurde der Vollzug der Hinrichtung Lee's nicht unter der vor dem Gefängnis versammelten Menge ein solches große Aufregung, als man vergebens auf das Aufsteigen der schwarzen Flagge wartete. Bald verbreitete sich die Kunde, daß die Hinrichtung nicht vollzogen werden konnte, und alle die Details der schrecklichen Szene erfuhr. (Schluß der nächsten Nummer.) Die Hinrichtung von Lee's um, der nun allgemein bedauert und bemitleidet wurde. Der Unter-Sheriff begab sich persönlich nach London, um Bericht zu erstatten, und bald traf in Exeter die telegraphische Anzeige ein, daß Lee über Lee gefällte Todesurtheil aufgehoben und daß die Todesstrafe in Gefängnis von der Dauer „nach dem Belieben der Majestät“ umgewandelt worden ist. Der Fall erregte auch in London das größte Aufsehen, und gab Anlaß zu Interventionen in beiden Häusern des Parlaments, worauf die Untersuchung zugesagt wurde.



# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 54.

Donnerstag, den 5 März 1885.

II. Jahrgang.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 4. März, Vorm. 11 Uhr.  
Am Tische des Bundesrats: v. Voetticher von Scholz, Bronsart, Schellendorff, v. Burchard, v. Schelling, Stephan, Busch.

Die dritte Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1885 bis 1886 beginnt mit einer Generaldiskussion.

Abg. Liebknecht will diese einzige sich ihm bietende Gelegenheit benutzen, um sich über die Sozialreform auszusprechen, unter deren Zeichen Deutschland jetzt steht und von der die Kolonialpolitik nur ein Theil ist. Die Reichsregierung hat bei ihrem Versuch, sie durchzuführen, den Reim des Uebels nicht erkannt. Die Kolonialpolitik, als eines der Mittel, dem Handel und dem Arbeiter zu helfen, hat man auf das Gebiet des Chauvinismus, Patriotismus und Entmenschen herüberzuwahren gesucht, spricht von Ueberproduktion und Ueberfüllung, während Deutschland bei vernünftiger sozialer Organisation und wissenschaftlichem Betriebe des Ackerbaues eine weit größere Bevölkerung ernähren könnte als die heutige, der nur die Kaufkraft und darum der Abzug fehlt. Die „berauschende“ Steigerung des Nationalreichtums, wie Gladstone sie bezeichnet hat, kommt nur Wenigen zu gut und neben ihr steigert sich die Armut der Massen. Mit Kolonien hebt man dies nicht, man exportirt nur die soziale Frage und zaudert vor die Augen des Volkes eine Kata Morgana auf dem Sande und den Sümpfen Afrikas, während die wahre von der Kultur nicht zu trennende Kolonisation sich durch die deutsche Auswanderung nach Amerika und Australien vollzieht. Das Volk der Denker erinnert an den Südfischweidel; sagt doch die „Leipziger Zeitung“, daß Deutschland bis 1884 die kontinentale Weltmacht gewesen, aber jetzt erst durch Bismarcks Kolonialpolitik eine Weltmacht geworden sei, dadurch, daß man ein paar nackte Wilde mit ihrem König Bess, für die wir gleich Gefangnisse bauen müssen, eingekauft hat! Kommt man oder macht man bei solchen Uebersehungen? Unsere Weisbücher beschäftigen das Wort Bismarcks, die Politik mitunter das Tageslicht nicht zu erfragen kann. Wie sind die Käufe dort zu Stande gekommen? Einfach durch Betrug! Man hat die Leute betrunken gemacht und sie dann über den Köpfen barbiert. Und haben wir nicht die Sklaverei auf den Südpazifik in schamachvoller Weise unter dem Namen des Arbeiter-Beschäftigungs-Komitees auch? Das sind unreine Dinge und bringen uns keinen Ruhm! Englands früherer Kolonialbesitz hat gegen das Weiden, an dem es noch stärker krankt als wir, auch nicht gehalten, obwohl es vor 30 Jahren die chinesische Mauer eingekauft hat, um sein Opium zu verkaufen. Dies ganze Kolonialwettrennen ist der Todtentanz der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, die ihre letzten Kräfte ausspielt und damit ihren Bankrott proklamiert. Die soziale Frage kann nur im Lande selbst gelöst werden, niemals durch Kolonialpolitik nach Außen. — Der Redner geht nun auf die anderweitigen Mittel, sie zu lösen, ein: Die Zwangsimmigration des Mittelalters, die Schutzzölle für die Industrie, die Getreidezölle für den Bruder Bauer, wobei es den Anwälten wie immer besser geht, als den Armen, denen sie vertreten; die Kräfte- und Unfallversicherung — Alles umsonst, denn sie treffen die Wurzel des Uebels nicht. Das Ei des Columbus, was der Reichskanzler gefunden haben soll, auf dem er jahrelang brütet, ist ein Windel. Es fehlt vor Allem die Emanzipation der Arbeiterklassen, die man nicht mehr unter ein Ausnahmengesetz stellt, hat, statt ihre Selbstthätigkeit zu schärfen und in Fluss zu bringen. Ohne ihre völlig freie Bewegung ist überhaupt die Lösung der sozialen Frage unmöglich und erst nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wird man an die Ehrlichkeit ihrer glauben dürfen, die den Arbeitern zu helfen verstehen. Vorläufig hat es sie nicht uns entzissen, sondern in die Arme getrieben, wesentlich in Folge Ihrer stümperhaften Sozialreform. Man sagt uns, wir seien Revolutionäre. Als der Redner zuerst nach Erlaß des Sozialistengesetzes den Satz sprach: „Unsere Partei ist die Partei der wahren Sozialreform, die einzige Partei der Sozialreform“, da haben in der Abgeordnetenversammlung Mitglieder seiner eigenen Partei ihm das Wort verweigert. Jetzt ist Jeder in der Partei von der Wahrheit dieses Satzes überzeugt, und thatsächlich ist sie die einzige, die die Hand dazu bietet, den Rath giebt und zeigt, wie die Sozialreform durchgeführt werden kann. Aber sie muß eine gründliche sein. Von der Sozialrevolution unterscheidet sie sich nicht durch den Inhalt, sondern durch die Methode. Wenn nicht die Einrichtungen beseitigt werden, welche die ungleiche Vertheilung des Reichthums hervorbringen, und zwar von Grund aus, also revolutionär, so hat man keine Sozialreform, sondern eine Kurpfuscherlei, die den Körper nur noch kränker macht. Sie müssen die Sozialreform so durchführen, wie wir wollen, oder werden sie überhaupt nicht durchführen. Das Wort „revolutionär“, das wir so oft zu Ihrem Ausprechen aussprechen, ist ja an sich durchaus nicht so gefährlich. Herr v. Treitschke, ein Mann nach Ihrem patriotischen Herzen, nennt Steins Reform eine großartige Sozialrevolution, und der Graf v. Bismarck schreibt 1857 in einer Depesche die für die Annäherung Deutschlands an das bonapartistische Frankreich plädiert: „Das legitime Haus Bourbon hat sich ohne Philipp Egalité mehr für die Revolution gehalten als alle Bonapartisten“, d. h.: das starke Festhalten an dem Alten ist gerade das Revolutionärste, wie denn Kaiser Bismarck wirklich gewaltsam und mehr revolutionär hat als alle Sozialdemokraten zusammengenommen, und zwar deshalb, weil er die wahren Ursachen der staatlichen und gesellschaftlichen Mängel nicht erkannt hat. Sein Aussprechen, ein Staatsmann müsse heut zu Tage ein Landwirt sein, zeigt so recht den einseitigen Standpunkt, das bonapartistische System, den Peter auf Kosten des Paul zu bereichern. Kein, ein Staatsmann muß vor allen Dingen ein Volkswirth sein, ein wirklicher Nationalökonom, der die Uebel der Gesellschaft erkennt, bevor er sie heilen will. Sie zu erkennen ist Sache der Wissenschaft. Herr Schweringer, der seine Kur gemacht hat, hat das nicht bloß vom Abscheu, durch Experimentiren thun können, der Mann hat studiren müssen. Der Staatsmann, der die Gesellschaft heilen will, muß auch wissenschaftliche Studien gemacht haben, muß Nationalökonom sein; Fürst Bismarck aber, und das ist sein Unglück, ist ein Staatsmann der alten Schule (stürmische Heiterkeit) — mögen Sie lachen — vollständig ein Staatsmann der alten Schule. (Erneute Heiterkeit.) Die modernen Ideen vor den Wagen der Politik gespannt haben seine Muster, Napoleon, Bonaparte und vor Allen und seit lange Rußland, das mit der Revolution, dem Nationalitätsgefühl überall gequält hat. Das wahre Kriterium der Staatsmannschaft ist, daß man nicht bloß die eigene, die Macht des Staates äußerlich und mechanisch, sondern innerlich durch Sozialreformen heilt. Der Reichstag imponirt ja dem Fürsten Bismarck nicht, mit imponirt die Politik des Fürsten Bismarck nicht und

hoffentlich auch dem Reichstag überhaupt nicht. (Oh! Heiterkeit.) Die Fortschrittspartei unterscheidet zwischen seiner auswärtigen und inneren Politik. Aber wer ihn in der auswärtigen Politik als Engel des Lichts und Verführer des 19. Jahrhunderts hinstellt, der muß ihn auch in der inneren trotz aller Eisens und Kräftens mit in den Kauf nehmen. Er läßt sich nicht in zwei Theile scheiden, er ist ein Mann. Die Fortschrittspartei verkennt, daß seine innere Politik ganz auf seiner auswärtigen beruht, und wie hat er sie in der Konfliktzeit durch seine ausdrückliche, durch den Dänenkrieg, den Bruderkrieg von 1866 heruntergebracht. Seitdem ist auch sie durch seine auswärtige Politik gefangen. Wir machen diesen Unterschied nicht, die eine wie die andere kennt nur mechanische Nachfragen und ihre gewaltsame Lösung. Da heißt es: er hat uns den Frieden erhalten, nach drei Kriegen! Ohne seine diplomatische Geschicklichkeit hätten wir neue Kriege gehabt. Aber kann in Skiernowice etwas für Völker und Völkerfrieden Günstiges gebraut sein, wo ein unerhörtes Vorgehen ein Auslieferungsvorvertrag, vorbereitet wurde, der politische und gemeine Verbrechen zusammenwirft? Alle Staatsmänner der Erde, Bismarck mit eingeschlossen, machen den Frieden nicht, wenn er nicht in den Verhältnissen liegt. Die Gefahr der Annexion von Elsaß-Lothringen, d. h. eines russisch-französischen Bündnisses, schwebte ein Jahrzehnt lang über Deutschland und wurde nicht durch die Kräfte Bismarcks, der daran so unschuldig ist wie alle hier im Hause, sondern durch den Willkürismus, den Rußlands erobrende Kraft lahm legte, und durch die Entwicklung der Demokratie in Frankreich beseitigt. Denn die Demokratie ist der Frieden, Chauvinisten sind keine Demokraten. Die Frage der 20 000 M. für den zweiten Direktor im Auswärtigen Amt ist eine so entsetzliche Lappalie, daß es gar nicht lohnt, ein Wort darüber zu reden. Was sind 20 000 M. für das Reich und den Reichstag, der hunderte von Millionen im Handumdrehen bewilligt und ohne das Hinzutreten besonderer Umstände auch wahrhaftig jene kleine Summe bewilligt hätte. Redner kann für sich u. v. versichern, daß er wahrscheinlich wegen der Unbedeutendheit der Sache durch Eigenbleiben auch dafür gestimmt hätte. Aber die Sache wurde eine ganz andere durch die sie begleitenden und ihr folgenden Umstände. Der Reichskanzler baute sie zu einer Vertrauensfrage auf: Die Reichstag! Die Reichskanzler! Dieses Wort wurde nach Außen getragen und eine künstliche Hölle gegen den Reichstag vor den Thoren durch die Behörden — wir haben die Beweise dafür — und der Adressensturm organisiert, der mit einem lächerlichen Fiasko endigt hat: 300 000 Mann haben sich daran betheiligte, also vielleicht  $\frac{1}{10}$  der für die Politik des Fürsten bei den Wahlen abgegebenen Stimmen. Und aus dem unglücklichen Adressensturm hat man, weil man sein lächerliches Fiasko erkannte, ihm die Spitze abbrechen und es verschleiern wollte, die noch unglücklichere Demonstration in Gestalt des Otto-Brennigs gemacht. Der Widerspruch in unserer Verfassung, unten das demokratischste Wahlrecht, das erdacht werden kann, und oben eine Willkürmonarchie muß zu Fraktionen, zu Konflikten ohne Ende führen. Ja, der Konflikt ist da! Darum muß der Beschluß vom 15. Dezember aufrecht erhalten werden, weil die Frage jetzt ausgeht ist: Die Reichstag, die Reichskanzler! Mag der Byzantinismus noch so weit gewuchert haben, der Reichstag ist weit notwendiger in Deutschland als der Reichskanzler. Den Reichskanzler können wir entbehren. Deutschland wird bald ohne diesen Reichskanzler sein müssen, aber ohne Volksvertretung kann es nicht sein. Es heißt ja geradezu sich und sein Volk herabwürdigen, wenn man sagt: wir sind alles, was wir sind, kraft dieses einzelnen Mannes, ihm haben wir unseren Intellekt, unsere Interessen, Alles zu opfern; wenn er es fordert, haben wir ihm zuzustimmen gegen unsere bessere Ueberzeugung. Nein, hier giebt es eine Grenze, welche die eigene Würde zu ziehen gebietet, wenn es sich um die Wahl zwischen Ehre und Existenz handelt. Fürchtet man etwa eine Auflösung? Gerade das Fiasko des letzten Plebiszits, gerade die traurigen Zwangsmittel, welche jetzt für den Otto-Brenning in Szene gesetzt werden müssen, beweisen, daß das deutsche Volk, wenn es zum Klappen kommt, auf Seite des Reichstages stehen wird. Als Gegner des jetzigen Systems werden wir überhaupt gegen das Budget stimmen, weil die Segner dieses Systems ihm alle Mittel zu seiner Existenz konsequenter Weise verweigern müssen. (Ruf: Nein!) Das muß sein. (Nein!) Das muß sein. (Unruhe.) Das thut jedes wirkliche, seiner Macht bewußte Parlament: jeder Regierung, die nicht will, die nicht so gut, wie die Volksvertretung will, verweigert sie die Mittel, die Regierung muß zurücktreten und Andere nehmen die Leitung der Geschäfte in die Hand. Darum verweigern wir, unbeirrt durch das Blendwerk der äußeren Politik, diesem System, das wir auf Außerkeits bekämpfen, die Mittel und stimmen wie immer gegen den Etat im Ganzen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Grad: Eine Stimme aus Elsaß-Lothringen haben Sie bis jetzt in der Beratung über den Etat nicht vernommen. Ich habe für sämtliche Positionen zu den Kolonialausgaben gestimmt und werde in Zukunft für Erhöhung dieser Redite, sofern dieselben zweckmäßig oder erforderlich erscheinen, meine Zustimmung geben. Der Abgeordnete Liebknecht behauptet, die Kolonialpolitik kann zur Lösung der sozialen Frage nicht beitragen. Gerade die Verbesserung der sozialen Lage macht aus der Kolonialpolitik für Deutschland eine Nothwendigkeit. Sehen wir doch auf die Bevölkerungsverhältnisse im Deutschen Reich. Gegenwärtig beträgt die Bevölkerung im Reich: über 45 Millionen Einwohner. Eine Hälfte dieser Bevölkerung ist in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, die andere Hälfte in Industrie und Verkehr. Mit der wachsenden Verwendung von Maschinen werden immer weniger Arbeiter in der Landwirtschaft verwendet. Was soll dann aus dem immer zunehmenden Ueberschuß der Arbeitskräfte werden, wenn in 20 Jahren vor jetzt wir in Deutschland 10 Millionen Einwohner mehr zählen? Diese müssen durch erweiterten Absatz der Industrie oder sonst in Kolonien genügendes Auskommen für ihren Lebensbedarf finden. Ist es so, hat die Kolonialpolitik für mich folgende Bedeutung: Schutz des deutschen Handels auf der ganzen Erde, Erschließung neuer Absatzgebiete für unsere Industrie, Bildung eignlicher deutscher Kolonien. Daß der deutsche Handel eines Schutzes bedarf durch Ausdehnung maritimer Stationen, und daß neue Absatzgebiete zu gewinnen sind, brauche ich nicht zu beweisen. Auch Kultur- oder ackerbaufähige Kolonien für Deutschland sind noch zu finden, selbst in Afrika, wo besonders in der jetzigen englischen Kapkolonie, welche am Anfang des Jahrhunderts Holland geraubt wurde, mehr Holländer als Engländer wohnen. Wenn ferner Herr Liebknecht meint, das Schutzzollsystem mit der Erhöhung der Getreidezölle und die Verschärfung des deumrühige der Arbeiterklasse, so muß ich auch dieser Behauptung entgegen treten. Die Einführung der neuen Getreidezölle hat für mich die Bedeutung, mit der Zeit dem Volk billigeres Brod zu verschaffen. Ja, wenn der Ertrag an dem Getreidezoll zu Meliorationsarbeiten verwendet wird, kann die Produktion im Inlande detart zunehmen, daß eine Einfuhr

von Korn nicht mehr nothwendig bleibt und durch die innere Konkurrenz genug geleistet wird, um die Preise zu ermäßigen. Ebenfalls die Gelege für die Verbesserung der Arbeiter gegen Krankheit und Unfälle haben die Lage der Arbeiter zu deren Befriedigung verbessert, wenn schon alle Wünsche der Sozialdemokraten nicht erfüllt werden. Diese Wünsche bleiben im vollen Umfange auf die Dauer ohne eine Ummwälzung der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung nicht ausführbar. Für das nächste Jahr balanzirt der Etat mit 611 821 172 Mark in Einnahmen und Ausgaben, darunter 121 932 952 Mark aus den Matrikularbeiträgen, welche um 37 Millionen gegenüber denjenigen für das laufende Jahr gewachsen sind. Im laufenden Jahre war der Matrikularbeitrag durch die Zuweisung aus den Hölle und der Tabaksteuer an die Einzelstaaten gedeckt. Ich bedauere, daß der Reichstag den Beschluß nicht gefaßt hat, das Defizit von 37 Millionen durch eine Erhöhung des Tabakzolles zu decken. Ich hege die Hoffnung, daß, was in diesem Jahre nicht geschehen ist, in der Zukunft zu erreichen bleibt. (Beifall.)

Damit schließt die Generaldiskussion. Die Spezialberatung führt zuerst zu einer Debatte bei Tit. 2 des Etats des auswärtigen Amtes. Es liegen hierzu drei Anträge vor auf Wiederinstellung der von der Regierung geforderten, in zweiter Lesung am 15. Dezember abgelehnten 20 000 M. für einen zweiten Direktor im auswärtigen Amt, und zwar von Seiten der Deutschkonservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen.

Abg. Richter: Ich kann mich kurz fassen, und da sich mein Standpunkt seit dem 15. Dezember nicht geändert hat, so will ich zur Charakteristik desselben einige Sätze aus den Reden des 15. Dezember in Erinnerung bringen. Ich kann diese Frage nicht wie Herr Liebknecht als geringfügig bezeichnen, aber wir haben sie schon am 15. Dezember als eine rein sachliche Charakteristik, als eine Budgetfrage, wie viele andere, die auf Grund sachlicher Erwägungen zu entscheiden ist. Die Auffassung ist damals nach zwei Seiten hin zum Ausdruck gelangt, wodurch jede andere über die einfache sachliche Bedeutung hinausgehende Auffassung ausgeschlossen wird. Der Abg. Gänel sprach es damals aus, daß wir an diesen Posten weder ein Vertrauens- noch ein Mißtrauensvotum knüpfen wollten, weder eine Anerkennung, noch eine Nichtanerkennung, sondern, daß wir diesen Posten ganz einfach und nüchtern betrachteten, wie es uns zukomme. Wollte man diesen Posten zu einer Vertrauensfrage gestalten, so könnte man dies mit demselben Recht auch bei anderen Budgetposten thun, und zuletzt würde die ganze Budgetbewilligung mehr oder weniger zu einer Vertrauensfrage werden. Die Frage kommt daher bei uns sachlich wesentlich in demselben Stadium zur Entscheidung, in dem sie damals uns unterbreitet ist. Das einzig Neue, das inzwischen sich ereignet hat, ist die äußere Bewegung, auf die der Abgeordnete Liebknecht eben in seiner Rede hingewiesen hat. Ich urtheile über den Werth dieser Bewegung genau so, wie der Abgeordnete Liebknecht, ich meine aber, man soll durch diese Bewegung die Frage nicht künstlich aufbauen lassen, als ob durch diese Bewegung eine Sache, die der Abg. Liebknecht als eine Lappalie bezeichnete, aufgedaut werden könne zu einer Frage der Existenz und Ehre des Reichstages, oder wie der Herr Abgeordnete sich ausdrückte: die Reichskanzler, die Reichstag! Eine solche Ehre messe ich der Bewegung nicht zu; ich glaube, daß Bismarck, der aus sachlichen Gründen für diese Position stimmen will, nicht aus Trotz gegen diese Bewegung zu einem verneinenden Votum kommen kann. Unter diesen Verhältnissen hat sich nach der Ansicht der Mehrzahl meiner Freunde die Sachlage seit dem 15. Dezember für die Beurtheilung nicht geändert, und wir halten es für richtig, einfach bei dem früheren Standpunkt stehen zu bleiben. (Beifall links.)

Abg. v. Franckenstein (Bentr.): Meine politischen Freunde haben in der zweiten Lesung gegen die Bemilligung der neuen Direktorstelle gestimmt, und zwar in Konsequenz der von uns bei den Budgetberatungen wiederholt abgegebenen Erklärungen; ferner aus den Gründen, welche der Referent am 15. Dezember zur Vertretung des negativen Antrags mitgetheilt hat; und endlich, weil von den Vertretern des auswärtigen Amtes in der Kommission und keine Gründe vorgelegt werden konnten, die uns veranlassen, für die Position zu stimmen. Bei der zweiten Lesung hat sich die Sache nun ganz anders gestaltet, als erwartet werden konnte. Die Abstimmung wurde zu einem Vertrauensvotum für die Regierung. Meine politischen Freunde und ich waren aber sehr weit davon entfernt, durch unser negatives Votum in der zweiten Lesung ein Mißtrauensvotum geben zu wollen. Wir glaubten die Position nicht bewilligen zu können aus den Gründen, die damals der Referent hier ausführlich dargelegt hat, und weil wir glaubten, daß die zur Geschäftsführung des auswärtigen Amtes erforderlichen Mehrausgaben aus dem erhöhten Dispositionsfonds bestritten werden können. Seit dem 15. Dezember ist nun gegen Alle, die damals gegen die Position gestimmt haben, eine solche Fülle von schweren Verdächtigungen und Unterstellungen in die Welt gestellt, und die oft alle und jede Grenze des Möglichen überschreitenden Kundgebungen sind durch die offiziöse Presse derartig registriert worden, daß es für uns eine unabwiesliche Pflicht und Nothwendigkeit ist, heute bei unserem Votum der zweiten Lesung zu beharren. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf v. Dönhoff-Friedrichstein (Lanf.): Der „Knopf-auf-den-Beutel-Standpunkt“ gehört offenbar zum Handwerkszeug des Parlamentarier; aber er sollte doch nicht sein Ein und sein Alles, das Alpha und das Omega seiner Staatskunst sein; und ich glaube, daß auch Ihre (nach links) Arbeitgeber (Große Heiterkeit), Ihre Wähler von Ihnen weitere Gesichtspunkte und unbesangene Beurtheilung verlangen können. Keine Nation, die noch weiter Weltgeschichte machen will, kann sich auf die Dauer so viel Kleinigkeiten und so viel Fraktionensmische bieten lassen, wie neulich am 15. Dezember geboten worden ist! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen; Bischen links und im Centrum.)

Geb. Legationsrath Humbert: Herr von Franckenstein hat bemerkt, es seien in der Kommission seitens der Bundeskommissionen keine Gründe dargelegt worden, welche die Errichtung der Stelle erfordern. Diese Bemerkung legt mir die Pflicht auf, zurückkommen auf die Erklärungen, die ich in der Kommission abgegeben habe. Ich habe damals auseinandergesetzt, daß die heutige Organisation noch wesentlich beruht auf einer allerhöchsten Verordnung vom Jahre 1810, daß seitdem aber die Geschäftslast von 10 000 auf 72 000 Nummern jährlich gestiegen sei, daß der letzte Direktor anderthalb Jahre lang wegen Krankheit beurlaubt war, daß der jetzige Direktor ebenfalls seit Jahresfrist schwer erkrankt ist; und ich habe die Frage, ob diese Krankheit auf geschäftliche Ueberbürdung zurückzuführen sei, bejaht. Dies zur Verichtigung der Bemerkung des Herrn v. Franckenstein. (Beifall.)



Abg. v. Lenz (nat.-lib.): Meine Freunde haben gleichen Schrittes mit zwei anderen Parteien des Hauses Ihnen den Antrag vorgelegt, die 20000 M. wieder einzustellen. In der Sache selbst hat sich seit dem 15. Dezember nichts geändert. Wohl aber haben wir seit jenem Tage einiges Neue erfahren. Wir haben bisher nicht verstandene Einblicke in die geheime Werkstatt des auswärtigen Amtes thun können. Wenn durch die Arbeit in demselben der Reichskanzler sich in der Geschichte Blätter erworben hat, auf denen eine Verdienste mit ehernem Griffel eingekrieben sind, so hat er diesen seinen Verdiensten durch den glücklichen Abschluß der Konventionen ein neues Nummernblatt hinzugefügt. Uns ist deshalb die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, daß eine Organisation, wie sie hier vorgeschlagen worden, notwendig sei, maßgebend gewesen. Für die heutige Beschlusfassung — das gebe ich Herrn Richter zu — soll nicht die Bewegung maßgebend sein, die sich an den Beschluß des 15. Dezember angeschlossen hat. Ich gebe deshalb auch nicht auf die Bemerkungen ein, welche Herr v. Franckenstein an dieselbe anzuknüpfen für gut befunden hat. Das Urtheil über diese Bewegung können wir ruhig der Nation überlassen, welche sie gemacht hat. (Beifall rechts.) Herr Richter hat für seine Entschließung auf die Finanzlage hingewiesen. Das ist ein Gesichtspunkt, dessen Berechtigung ich anerkenne; unsere Finanzlage ist eine schwierige, aber doch nicht in dem Maße, daß wir die 20000 M. ablehnen müßten, die heute als eine Vorpalle bezeichnet worden sind. Wir dürfen in der That nicht Anstoß nehmen an einer solchen Summe, wenn die Lebensinteressen der deutschen Nation in Frage kommen. Nach unserer Ansicht hat die Nation ein Interesse daran, daß der Mann, welcher sie politisch in den Sattel gehoben hat, in seiner vollen Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit erhalten werde. Wenn wir das durch einen jährlichen Aufwand von 20000 M. erreichen können, so erzielen wir damit zugleich einen Erfolg, für den die Parlamente anderer Nationen, die uns um unseren Staatsmann beneiden, willig Hunderttausende votiren würden. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich empfehle Ihnen daher, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter (deutsch-frei): Ich wünsche, daß die Verhandlung den knappen Rahmen und ruhigen Charakter behalte, der ihr gebührt, und daß sie nicht so groß gemacht werde, wie es die beiden letzten Vorredner leider gethan haben. (Sehr richtig links und im Centrum.) Nicht darum handelt es sich — das wird man hier wohl endlich anerkennen müssen —, ob 20000 M. aufgebracht werden können, sondern um etwas ganz Anderes. Meine politischen Freunde sind darin einig, daß wir an diese Frage keinerlei Vertrauens- oder Mißtrauensvotum knüpfen lassen wollen. Wir werden uns eine solche Fragestellung nicht von politischen Gegnern aufzwingen lassen; wir machen die Fragestellung für uns selbst. Wir sind ferner darin einig, daß es sich hier um keine Partei und Bringensfrage handelt, daß sie für uns eine offene ist. Nur unseren Gegnern würden wir einen Gefallen thun, wenn wir diese Sache zu einer Charakterfrage, zu einer großen politischen Frage stampeln würden. Nein, wir wollen der Sache das gebührende Niveau bewahren und durch keinerlei Angriffe davon abdrängen lassen. Einig ist ferner unsere Partei darin, daß die erforderlichen Kräfte dem auswärtigen Amte zur Verfügung gestellt werden. Die Behauptung, daß sie verweigert worden, ist politisch unrichtig, das haben schon die früheren, heute wiederholten Erklärungen des Abg. Richter festgestellt. Die erforderlichen Mittel sollen dem Kanzler bewilligt werden, die Frage ist nur, ob ein Beamter — sei es ein General, sei es ein Rath — zunächst provisorisch gewisse Geschäfte mit den Funktionen, aber ohne Titel des Direktors oder als definitiv angestellter Direktor führen soll. Ja, der Abg. Richter hat sich für ein solches Provisorium sogar erklärt, auch wenn es mehr koste als das Definitivum. Die Mehrheit meiner Freunde hat die Meinung, daß im nächsten Jahr noch unter Heranziehung der erforderlichen Kräfte ein Provisorium gemacht werde; ein Theil meiner Freunde und ich werden heute bereits für die Bewilligung des Direktors stimmen, weil wir es für finanziell vortheilhafter halten, weil wir glauben, daß die Forderung begründet ist, und im nächsten Jahre die Dinge nicht anders liegen werden wie heute. Diese kleine Differenz betrifft zwischen uns, und es wird weder den Bemühungen außerhalb noch innerhalb des Hauses geüben, diese Frage für uns zu etwas mehr zu machen, als sie ist, eine unbedeutende Budgetfrage (Oh, oh! rechts), die mit der Vertrauensfrage absolut nichts zu thun hat. (Sehr richtig links, Widerspruch rechts.) Ich werde mit einem Theil meiner Freunde lediglich aus sachlichen Gründen für die Position stimmen.

Abg. v. Bollerwarth (kon.): Ich habe vor mehr als drei Jahren als „neuer Herr von Württemberg“, wie mich der Abg. Richter damals taufte, gesagt, wenn die Verhandlungen so fortgeführt würden, wie es damals der Fall war, dann sei es bald keine große Ehre mehr, dem Reichstag anzugehören! (Große Unruhe links.) Wie Viele haben wir seitdem schon gesagt, früher hätten sie mit Hochgenuss die Reichstagsverhandlungen gelesen; jetzt thun sie es nur mit Widerstreben. Ein sehr liberaler Mann schrieb mir neulich, es wäre eigentlich das Beste, den Reichstag aufzulösen. (Rufe links: Bravo! Bitte!) Ich wünsche nicht, daß das geschieht. (Rufe links: Das glauben wir!) Aber wenn die Regierung einen Staatsstreich machen, (große Unruhe links), wenn sie den Reichstag auflösen würde, dann würde die Bewegung, die im Lande entsteht, nicht so stark sein, wie diejenige nach dem 15. Dezember. Ich habe zu meinen Wählern seinerzeit gesagt, der letzte Reichstag habe uns das Leben zwar herzlich sauer gemacht, aber wir haben doch positive Leistungen zu Stande gebracht; und so hoffe ich auch, daß der jetzige Reichstag nach Positives leisten wird. Die Parteien haben sich eben Luft gemacht gegen den Reichskanzler, und der Reichskanzler hat sich Luft gemacht gegen die Parteien. (Große Heiterkeit.) Mit je größerer Mehrheit Sie den Fehler vom 15. Dezember wieder gut machen, um so schneller wird der Kredit des Reichstags beim Volke wieder hergestellt sein. (Lebhafte wiederholter Beifall rechts; anhaltendes Hischen links.)

Abg. Bayer (Demokrat): Ich hatte zuerst nur die Absicht, namens der Volkspartei die Erklärung abzugeben, daß wir gegen die Position stimmen werden; nachdem aber hier so ausführlich auf die Entrüstungsveranstaltungen eingegangen ist, nachdem Herr v. Wöllwarth sogar von einem Staatsstreich, wenn auch nur von einer Coeventualität gesprochen hat, muß ich einige Worte der Begründung unserer Abstimmung hinzufügen. Wir werden gegen die Position stimmen einmal aus sachlichen Gründen; alles heute zum Nachweise der Nothwendigkeit für dieselbe Vorgebracht ist nicht neu und kann unsere ablehnende Stellung zur Kreterung einer dritten etatsmäßigen Direktorstelle nicht erschüttern. Die politischen Gründe, aus denen wir ferner die Position ablehnen, hängen mit der Entrüstungsbewegung zusammen. Die ganze Aufregung war künstlich, müßlich und nicht mit sehr wählrischen Mitteln hervorgerufen. Ein Beispiel wird genügen. In Stuttgart wurde sofort im Anfange der Bewegung eine Entrüstungsveranstaltung veranstaltet. Da war noch ein durchgefallenes nationalliberal-konservatives Wahlkomitee vorhanden, wahrscheinlich waren die Wahlkosten noch nicht ganz bereinigt (Heiterkeit links), kurz, es kam eine mächtige Versammlung zu Stande. In dieser Versammlung sind sehr aufregende, die Reichstagsmajorität erbarmungslos verurthelnde Reden gehalten worden; einer der Redner konnte zu seiner Legitimation nur anführen, daß er sich politischen Dingen bisher durchaus ferngehalten habe (Heiterkeit), aber das genügt für ihn, um über diese doch nicht so ganz leichte Budgetfrage abzusprechen. Dann aber trat ein Mitglied dieses Hauses, Herr Dr. v. Lenz, auf, der selbst am 15. Dezember in die Diskussion eingegriffen hatte. Es hat

mich wehmüthig berührt, daß Herr von Lenz heute erklärte, die Angelegenheit ruhig und objektiv behandeln zu wollen; ich bezweifle aber, daß der Anfang und der Schluß seiner Rede in jener Entrüstungsveranstaltung diesem Standpunkt entsprachen. Im Anfang seiner Rede deutet er sich vollständig mit Herrn von Wöllwarth; es scheint ja immer mehr eine spezifische Eigenschaft unserer Landsleute zu werden, den Respekt vor dem Reichstag zu unterdrücken, wenn er seine Beschlüsse nicht in ihrem Sinne faßt. Er sagte: Der schöne Traum eines deutschen Parlaments, er ist verwirklicht, aber nicht Worte des Preises sondern Worte der Entrüstung antworten auf seine Beschlüsse. Früher war das Mandat eines Reichstagsabgeordneten ein Frei- und Ehrenbrief; heute wage er es kaum, als Mitglied des Reichstags aufzutreten. (Gelächter links.) Es scheint übrigens, daß er sich bis zur dritten Lesung eines Beschlusses besonnen hat, denn er ist ja immer noch Reichstagsabgeordneter. Er weist dann hin auf die Germania auf dem Niederwald, die in Scham ihr erröthendes Antlitz verhält. (Stürmische Heiterkeit.) Es war gewiß auch ein Zeichen der Mäßigung, daß diese Versammlung mit einer nicht unerheblichen Schlägerei geendet hat. Dabei sind einige Leute arg zerblaut worden, so u. A. wurde Einer, der den gewiß nicht unparlamentarischen Ausdruck „Oh!“ gerufen hatte (Heiterkeit), rite abgestraft, und ein weiteres Opfer fand man gleichfalls böß malträtiert vor, welches nach seiner Aussage die Adresse an den Reichskanzler hatte unterschreiben wollen, dabei aber unglücklichweise hinter den Ohrläufeln zu stehen gekommen war. (Große Heiterkeit.) Das wird's ja wohl sein, was der Abg. v. Wöllwarth unter dem feineren Gefühl der Volkseele versteht. (Stürmische, andauernde Heiterkeit.) Wollen Sie uns denn wirklich ernsthaft zumuthen, daß wir vor derartigen Kundgebungen des Volkseifers und demüthig beugen sollen? Nach meiner Ansicht wird der Reichskanzler auch diese Mittel benutzen, um in seinem Kampfe gegen uns eine weitere Waffe zu haben, die ihm zu sagen gestattet, daß eine andere Bewegung im Volke, eine andere in der Volksoertretung herrsche, und in dem Momente, wo der Reichskanzler diese Waffe anwendet, tritt für uns der politische Gesichtspunkt in den Vordergrund. Wie es geht, wenn der Reichstag nachbleibt, haben wir ja an der Frage der zweijährigen Sitzperioden gesehen. Der Reichskanzler gab sich alle Mühe, auf allen möglichen Umwegen dieses Ziel zu erreichen, und hat uns schließlich in die Lage gebracht, zwei Stadios sich hintereinander zu erledigen. Damals hat man auch gesagt, es handle sich nur um eine kleine praktische Frage der Taktik, um Rücksichten auf den Fortschritt der sozialen Gesetzgebung u. s. w. Schon ein halbes Jahr nachher stellte sich heraus, daß unsere Beratungen dadurch gar nicht gefördert worden sind, daß, was uns an weiteren Vorlagen auf dem Gebiete der Sozialreform gebracht wurde, sich auch ganz gut neben der Etablierung hätte erledigen lassen. Die praktischen Rücksichten sind weggefallen, aber geblieben ist das Bewußtsein des Reichskanzlers, daß wir wieder, einmal unter dem laudnischen Joche hindurchgegangen sind. (Sehr richtig! links.) Vergleichen Sie doch die früheren mit der jetzigen Reden des Reichskanzlers, die frühere Tonart mit der heutigen. Es ist bereits soweit gekommen, daß der Reichskanzler nur noch dadurch, daß er die Anwesenden ausnimmt, und davor schüßt, daß uns Dinge ins Gesicht gesagt werden, die uns aufs schwerste zu verletzen geeignet sind, und wir haben das selbst mit verschuldet. Das ist die Tonart, wie sie Herr v. Wöllwarth so schön damit bezeichnet hat, daß der Reichskanzler sich uns gegenüber Luft mache, als ob wir dazu da wären. Vor den Folgen einer weiteren Nachgiebigkeit, die die Machtstellung des Kanzlers zum Nachtheile des Parlaments nur noch mehr vergrößern würde, kann der Reichstag sich nur durch ein kräftiges „Nein“ schützen. (Beifall links.)

Abg. v. Bollerwarth: Es handelt sich hier keineswegs mehr wie am Anfang um eine bloße Budgetfrage. Aus diesem Rahmen ist die Sache durch die Reden des Kanzlers und durch den Entrüstungssturm, der seine Fortsetzung in der Bismarckspende findet, völlig herausgetreten. Ich will aus dieser Entrüstungskomödie nicht alle gegen den Reichstag erhobenen Vorwürfe und Beleidigungen wieder aufwärmen, sondern nur eine kleine Blumenlese geben von Ausdrücken, die man, größtentheils unter Führung von Reichstagsabgeordneten, zur Charakterisierung der Reichstagsmajorität verwendet hat. Von den mildernden Ausdrücken, wie „schmachvoll erbärmlich, würdelos“ will ich absehen; aber in der Presse, sowohl der konservativen, als der nationalliberalen, wurden die Mitglieder der Mehrheit bezeichnet als biffige Räder, Hohlköpfe, erbärmliche Burichen, Efelsohren des deutschen Reichs (Heiterkeit) u. s. w. Das Schönste hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ geleistet, das Organ, welches dem Reichskanzler für seine Ernunziationen Raum freiläßt; sie hat uns direkt Unehrlichkeit vorgeworfen und rüh dem Reichskanzler, sich nicht mit ehrlicher Anstrengung in einem unehrlichen Kampfe auszurufen. Es hat nur noch gefehlt, daß heute Herr v. Wöllwarth uns sagte, es sei bald keine Ehre mehr, dem Deutschen Reichstage anzugehören. Ich weiß nicht, wie weit derartige Aeußerungen in anderen Parlamenten als parlamentarisch gelten; aber wenn ihm die Mitgliedschaft des Reichstages keine Ehre ist, so braucht er nur draußen zu bleiben; ebenso der Herr v. Lenz! Wie oft ist es meiner Partei vorgeworfen, sie drohe mit Revolution. Der Unterschied zwischen Staatsstreich und Revolution ist doch aber nur der, daß der Staatsstreich die Gewalt von oben, die Revolution die Gewalt von unten bedeutet. Der Abg. Bayer hat schon auf eine solche Entrüstungsveranstaltung hingewiesen. Ich mache auf die bekannte Berliner Versammlung aufmerksam, welche Herr Liebermann von Sonnenberg veranstaltete. Da wurde der Beschluß des Reichstages auch als eine Schmach und Würdelosigkeit bezeichnet. Man hat sich aber damit nicht begnügt, sondern auf eine Aufforderung des Vorsitzenden haben die konservativ und königstreue sich nennenden Herren dem Reichstage dreimal in feierlicher Weise „Pfui Teufel!“ zugerufen (Heiterkeit). Ein königlicher Beamter erklärte in dieser Versammlung, er hoffe, daß die Abgg. Richter und v. Bollerwarth, die an einem Strick gezogen hätten, auch an einem Strick hochgezogen würden. (Große Heiterkeit.) In jüngster Zeit hat diese konservative Liebhaberei für das Hängen in einer konservativen Zeitung dichterischen Ausdruck gefunden; am Ende des betreffenden Gedichtes heißt es: Volkstheoretiker, Staatsverräter, sie gehören an den Strick! Hätte Aehnliches über andere Parteien oder über die Regierung in der früher so sehr verlässerten sozialdemokratischen Presse gestanden, es hätte genügt, um sofort den kleinen Besetzungszustand verhängen zu lassen. (Sehr richtig!) Auf konservativer Seite aber macht das nichts. Sie haben den Freiheitsbrief zu handeln, wie Sie wollen. Wie wäre der Polizeiparagraf dieser Art gegen Mitglieder der Regierung oder gegen den Reichskanzler gerichtet gewesen wäre. Den Angegriffenen aber die Möglichkeit der Vertheidigung zu gewähren, was eine bloße Anstandspflicht gewesen wäre, hat man nicht für gut befunden. Mir wenigstens ist es in jeder Weise verwehrt worden, und eine Versammlung, in der ich das Wort zu dieser Frage ergriff, wurde in demselben Augenblicke gesprengt, und die Angegriffenen zum Schweigen gebracht. Ueber die Art, wie jener Entrüstungsschwindel gemacht, und über den Druck, welchen man auf Beamte und Arbeiter, auf alle wirtschaftlich Schwachen ausgeübt hat, über das Eingreifen der Landräthe und Bürgermeister ist in den vorangegangenen Debatten noch gar nichts gesagt worden. Namentlich in den großen Staatswerkstätten ist mit Hochdruck gearbeitet worden. Sämmtliche Arbeiter haben die herumgehenden Adressen unterschreiben müssen, sämmtliche Arbeiter haben zur Bismarckspende beisteuern müssen, und man

ist nicht nur gegen die vorgegangen, die nichts zeichnen, sondern auch gegen die, welche nicht genug zeichnen. (Hört! hört! und Heiterkeit.) In Köln a. B. hat ein Arbeitgeber die jähren Pfennige, welche ein Arbeiter gezeichnet hatte, für zu wenig befunden und eigenmächtig hinter die Thüre eine Null gesetzt und demnächst vom Lohn 20 Pfennige abgezogen. Was würde übrigens die Regierung sagen, wenn der Spieß einmal umgedreht würde; wenn der Reichstag sich hunderte und aber hunderte von Adressen gegen den Reichskanzler schiden ließe. Die Sparfahndung tritt allerdings in den Hintergrund; es kommt auf das Vertrauen an, und wir haben ja dieser Regierung kein Vertrauen. Die Politik des Kanzlers ist ein Ganzes; wir sind mit seinem ganzen System der Gewaltpolitik und der sogenannten Sozialreform, die lediglich zur Zurechtweisung des Volks bestimmt ist, nicht einverstanden. Vor Jahren hat der Reichskanzler einmal gesagt, er habe durch seine Initiative das Deutsche Reich in den Sattel gehoben; reiten lassen müßten wir es. Allerdings reitet Jemand, der nicht Deutschland, Deutschland ist nur das Lastthier; man reitet, das ist der Reichskanzler. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Es handelt sich hier um eine Entscheidung zwischen Reichstag und Reichskanzler, deshalb sollte der Reichstag seinen vielen Niederlagen nicht noch eine weitere hinzufügen. Der Reichskanzler läßt sich vom Reichstage nicht imponiren; der Reichstag jetzt, der er sich auch vom Kanzler nicht imponiren läßt! Eine Auflösung braucht die Reichstagsmehrheit nicht zu scheuen. Wir Sozialdemokraten könnten ja wünschen, daß der Reichstag sich schon jetzt; wir könnten dem Reichstag dann sagen, daß es auch mit den Parlamenten nichts sei, daß allein unsere Fraktion aufrecht bleibe. Aber von diesem bloßen Reaktionsstandpunkte gehe ich nicht aus. Mir ist das allgemeine Interesse maßgebend; und die Möglichkeit einer organischen Entwicklung des sozialen Lebens ist wesentlich mit der Entwicklung der parlamentarischen Institutionen verknüpft. Deshalb sollte der Reichstag sich weder vor dem Sozialismus, noch vor dem Byzantinismus beugen und einen Akt der Nachgiebigkeit nicht begehen, der thätlich auf Selbstverleugung hinausläuft.

Abg. v. Hellendorff (kon.): Gegenüber dem bismarckianischen Ausführens über die Entrüstungsbewegung, mit welchem der Abg. Bayer den wohlgemeinten patriotischen Worten des Landmanns gegenübertrat, muß ich bitten, mir einige dieser Worte zu gestatten. Man scheint doch gerade auf dieser Seite (links) recht lebhaft die Wirkung dieser Regierung der Volkseele zu empfinden, von der man jetzt mit einer gewissen Begeisterung zu sprechen liebt; die Entrüstung hat sich geäußert in der ganzen Presse, auch in der liberalen — ich erinnere an die „National-Zeitung“, an das „Berliner Tageblatt“! Und was der Reichskanzler die Adressen nicht annehmen? Die Majoritäts-Entscheidung der zweiten Lesung setzte sich, wie die heutigen Reden ergeben, aus einer Anzahl widersprechender Auffassungen zusammen; die technische Meinung des Reichskanzlers hat mich sehr viel höhere Autorität als ein solcher Reichstagsbeschlus, und die Finanzfrage ist in diesem Reichstagsbeschlus eine wahre Bagatelle. Die Frage ist eine hochpolitische, das haben die Oppositionsparteien nicht wohl aber hat es der Volksinstinkt sofort herausgefunden. Heute hoffe ich auf die Annahme der am 15. Dezember abgelehnten Position, eingedenk der friedlichen und patriotischen Stimmung, in der wir vor wenigen Tagen eine verordnete Frage der auswärtigen Politik behandelt haben, und des hohen Gefühls, das uns Alle damals bewegte, als wir an dieser Stelle hier eine Rede hörten, deren Echo durch die ganze Welt ging (Sehr richtig! rechts) und uns zumugten, daß das nur möglich ist, weil dieser Mann, dieser Arbeitsverleugung hier ständen sollen, an dieser Stelle und seit 20 Jahren an dieser Stelle gestanden hat. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Langewertb v. Simmern: Die deutsche noenschen Abgeordneten werden auch heute wieder gegen den zweiten Direktor stimmen. In dem Entrüstungssturm ist eine Gefahr für unser ganzes Staatsleben. Als in Belgien in ähnlicher Weise das Volk gegen das Parlament aufgebracht wurde, da hatte die konservative deutsche Presse, die „Berliner Zeitung“ voran, den härtesten Tadel bei der Hand. Der That, aristokratisch ist dies ganze Vorgehen nicht. Ein Strom kann und wird auch einmal von der andern Seite kommen. Gerade weil ich von torghischen und, wenn Sie wollen, tischen Gesichtspunkten ausgehe, muß ich diesen Entrüstungssturm verurtheilen. Wir hier sind die Aristoi des Volkes, und in Folge jenes Sturmes wird uns das Beharren bei dem Votum zu einer Pflicht der Selbstachtung. Diese Nationalorgane wird durch die gesammte politische Lage noch verwickelt. Hätten wir in der Frage des zweijährigen Budgets Stand gehalten, so hätten wir hier heute nicht diese Debatte. Die Situation ist ungünstiger als vor zwei Jahren, darüber zweifle ich mich nicht. Sie wird aber mit jedem neuen Nachgeben noch ungünstiger. Einmal wird der Konflikt doch unauflöslich werden.

Abg. Windthorst: Das Gefecht, das heute hier stattfindet, ist jedenfalls lediglich ein Wahlgefecht. Herr v. Hellendorff findet es in der Ordnung, daß nach der zweiten Lesung eine Neuerung des Volkes hervorgerufen oder hervorgerufen sei. Ich bin nicht der Meinung, daß das Parlament, das gewählt ist, seinen eigenen Weg gehen kann, sondern es muß sehr vorsichtig die Anschauungen seiner Wähler beobachten, die die Wähler haben auch das Recht und die Pflicht, die Abgeordneten aufmerksam zu machen, wenn sie von den Anschauungen des Volkes abweichen. Jeder von uns wird es bei den parlamentarischen Erfahrungen haben, wie er mit Briefen und durch Zuschriften bedacht worden ist. Gegen eine solche Intervention habe ich nichts. Aber Verleumdungen, Schmähreden, Säugung von Haß, Verabredung des Parlaments, das etwas Anderes. Ein absoluter Irrthum ist es sodann, wenn wir dem Reichskanzler die nötigen Mittel zu seiner Verfügung verweigern wollen. Wenn es sich um eine einfache Angelegenheit gehandelt hätte, dann würden die Erörterungen nicht so sehr verwickelt gelautet haben. Aber es handelt sich um die Schaffung der hervorragenden Stellung des neuen Ministerial-Direktors, während wir schon die Praxis, wonach diese Geschäfte durch einzelne ältere Beamte wahrgenommen werden. Nach den Ausführungen des Abg. Hellendorff hätten wir bei jeder Forderung, die der Reichskanzler für sein Departement stellt, einfach Ja zu sagen, und nicht ein Sturm von Entrüstung los. Dann hätten wir in diesen Dingen gar nichts mehr zu sagen. Durch die gegebene Erklärung ist festgestellt, daß wir durch die Ablehnung des Postens, den wir lediglich budgetmäßig betrachten, kein Mißtrauensvotum auszusprechen beabsichtigen, höchst bedenklich, daß bei jeder Gelegenheit, wo der Reichskanzler etwas verlangt, sofort die Vertrauensfrage gestellt wird, und das Urtheil des Reichstags verschwinden soll, werden dann jedesmal Hymnen auf den Kanzler losgelassen. Dem Reichskanzler selbst kann es unmöglich angenehm sein, in dieser Weise bedrückt zu werden. (Sehr wahr!) Ich habe beiden Herren aus Schwaben haben dann ein Beispiel angeführt, das nicht ohne Interesse war. Wenn ich ein Urtheil abgeben sollte, so würde ich sagen: der Reichskanzler Bayer hat gut geschlagen, und seine Siege haben ihn nicht aber so ernst, daß sie auch von anderer Seite bedroht werden müssen. Der Abg. v. Wöllwarth sagte, die Entrüstung vom 15. Dezember habe eine größere Erregung hervorgerufen, als es der Fall wäre, wenn ein Staatsstreich erfolgt wäre. Ich möchte annehmen, daß das in der Entrüstung Affekt gesprochen war. Aber ich finde diese Aeußerung

dem ga  
einem a  
Staatsst  
hen Vol  
her heru  
eine We  
empört.  
ein Sym  
benutzt  
als die  
der Wgg  
über das  
machte d  
hinterl  
Güte sein  
war lond  
deshalb,  
daß es ei  
hypothet  
meinte, d  
stimmt  
so erwa  
wäre, d  
einjusti  
wir ablie  
verfügt u  
den Veru  
Heiterkei  
Die  
merlung  
Abg.  
Verlamm  
wohl aus  
nichts ge  
legen kon  
Abg.  
Wollwar  
schen, au  
sagt!)  
Abg.  
Wöllwar  
schöner.  
daß er d  
sprechen  
Abg.  
kommen  
weiten:  
sarei ver  
In  
der un  
rektor  
Berat  
nomm  
Abgeord  
Deutschl  
ralen; a  
Bolen,  
Deusch  
Haltung  
Position.  
Ri  
freisitt  
Stemens  
Beisetz  
renge.  
frei  
garten,  
Greve, E  
Guchting  
bauer, A  
Rohland  
Traeger,  
In  
Gener  
In zwei  
16 000 L  
Kon  
geschlag  
kellen  
Abg.  
verhältni  
Europa  
größere  
bezieht  
treter De  
kann, so  
beizulege  
Abg.  
rathung  
willigun  
treter D  
die Ang  
Soweit  
sind jen  
den alle  
eigenen  
konjuls  
Der  
(gegen H  
konjuls  
In  
konju  
In zwei  
mit einer  
und Nat  
der Vor  
Abg.  
hat bei  
macht,  
Aber die  
aber die  
Stellung  
über den  
Uebersch  
Korea v  
selbst 1  
gens in  
erst seit  
mit Zap  
gegenwä  
Lande e  
Wenn i  
so habe  
fremden  
Dahl vor  
Abg.  
mann's  
schen G  
sondern  
meine L  
sei, befä  
konjuls  
unfeter  
zu steben







daß über das Vermögen des Sch. vor einigen Wochen der Konkurs angemeldet wurde. Ernstliche Vorhaltungen seiner Frau sollen den Sch. veranlaßt haben, Berlin zu verlassen. Von Seiten der Gläubiger ist infolgedessen bei der Staatsanwaltschaft der Antrag gestellt worden, den Sch. wegen betrügerischen Bankrotts strafrechtlich zu verfolgen. Sch. hatte sich vor etwa einem Jahre zum zweiten Male verheiratet und die Frau und zwei Söhne aus erster Ehe hier zurückgelassen.

**Geschleift.** Als vorgestern Abend ein Herr, dem Vernehmen nach ein Magdeburger, in der Alexanderstraße im Begriffe war, in eine Droschke zu steigen, ging plötzlich das Pferd derselben durch. Der Herr, welcher erst mit einem Fuße auf dem Trittbrett stand, stürzte und wurde mitgeschleift. Es gelang nicht sofort, das Thier zum Stehen zu bringen und den Herrn aus der lebensgefährlichen Lage zu befreien. Ein sofort zu Rathe gezogener Arzt konstatierte, daß der Verunglückte einen doppelten Beinbruch davorgetragen; nach Anlegung eines Nothverbandes wurde der Verletzte zu seinen in der Dranienstraße wohnenden Verwandten gebracht.

**Ein blutige Reuekontre** fand in der vergangenen Nacht an der Ecke der Bessel- und Markgrafenstraße statt. Mehrere Herren waren hier arg zusammengerempelt, wodurch ein Streit provoziert wurde, der für den einen Beteiligten, einen Oberleutnant, verhängnisvoll werden sollte. Denn er erhielt mit einem Spazierstock einen so wuchtigen Hieb gegen den Kopf über dem rechten Auge, daß das Blut sofort stark aus der entstandenen Wunde floß und sich auf der Straße ein großer Blutpfuhl bildete. Der Verletzte begab sich nach der Sanitätswache. Der Thäter konnte leider nicht ermittelt werden, da es ihm gelang, rechtzeitig zu entkommen.

**Der wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgange in Haft genommene Heilgehilfe und Hauseigentümer Arndt** hat bereits aus dem Untersuchungsgefängnis heraus Dispositionen zum Verkauf seines Geschäftes getroffen, da es als unzweifelhaft gilt, daß er zu einer längeren Freiheitsstrafe verurtheilt werden wird. Für die Wahrung seiner Vermögensinteressen hat er einen Bevollmächtigten ernannt. Wie wir noch in Sachen seiner Ehefrau mit der jetzt verstorbenen Gattin erfahren, war er als der allein schuldige Theil erkannt und zur Zahlung einer Summe von 12 000 M., sowie einer monatlichen Alimentation von 75 M. an seine Frau verurtheilt worden. Der unselbige Streit zwischen den Ehegatten entstand, als die Frau ihre Sachen aus der Wohnung des A. holen wollte.

### Gerichts-Zeitung.

— y. Eine empfindliche aber gerechte Strafe wurde gestern durch Urtheil der 9. Abtheilung des Schöffengerichts einem Bierplantischer zubilligt. Des Verlaufs gefälschter Nahrungsmittel bezichtigt, hatte der Restaurateur Hermann Ludwig auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Der Angeklagte ist Inhaber des in der Gertraudenstraße 23, eine Treppe hoch gelegenen Restaurants mit Damenbedienung, und bewies die Verhinderung wieder einmal zur Evidenz, wie gerechtfertigt das Mißtrauen des Publikums gegen die, in derartigen Lokalen verabreichten Getränke ist. Nach der übereinstimmenden Belundung sämtlicher Zeugen hat der Angeklagte in ebenso verantwortlicher als unappetitlicher Weise manipuliert. So war es in seinem Geschäftsbetrieb, daß die von den Gästen in den Gläsern stehen gelassenen Bierbeigen — und es blieben viele stehen — wieder aufgefüllt und nachdem dies Gemisch sodann gehörig mit der Spritze „aufgemuntert“ worden, den neuen Gästen wiederum „von zarter Hand“ kredenzte. Auch ließ der sparsame Wirth die in den Flaschen verbleibenden Reste sogenannter „ächter Biere“ keineswegs umkommen, sondern vereinte sie wieder zu „ganzen“ Flaschen. „Wohl bekomms!“ pflegte die servierende Kellnerin dem bewahrenswürdigen Gäste zu wünschen und dieser Wunsch war wirklich keine leere Redensart. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß das verweissliche Treiben des Angeklagten eine energische Strafe verdiene und erkannte seinem Antrage gemäß auf 4 Wochen Gefängnis.

**Hanau, 2. März.** Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts begann heute unter dem Andrang eines zahlreichen Publikums die Verhandlung gegen den in Haft befindlichen, vom Dienste suspendirten Telegraphisten Johannes Gutberlet von Hanau, dem man die Schuld an dem entsetzlichen Eisenbahnunglück vom 15. November 1884 beimißt. Beträchtlich stieß an diesem Tage Mittags um 12 Uhr, etwa 12 Minuten vom Ostbahnhof Hanau entfernt, der von Debra kommende Personenzug Nr. 26 auf den noch im Einfahrtsgeleise stehenden Güterzug Nr. 304. Der Zusammenstoß hatte den Tod von 22, die Verletzung von 25 Personen, sowie die Verkrümmung von ungefähr zehn Eisenbahnwagen zur Folge. Der sachliche Schaden belief sich auf 70 000 Mark. Der Unfall ist der Anklageschrift zufolge lediglich der fahrlässigen Handlungsweise des Angeklagten zuzuschreiben. Dieser bedurfte nach Paragraph 2 der „An-

weisung für den Signaldienst vermittelt der elektromagnetischen Telegraphen und Lautwerke“ zur Abgabe des Deblockirungssignals des besonderen Auftrags von dem Stationsvorsteher oder seinem Stellvertreter im Dienste, und im § 7 der Instruktion für Telegraphisten ist die eigenmächtige Abgabe dienstlicher Anordnungen oder Mittheilungen, welche in den Betrieb eingreifen oder zur Kompetenz höherer Betriebsbeamten gehören, aufs Strengste verboten. Der Angeklagte hat in der Voruntersuchung zu seiner Entlassung angegeben, es sei in Hanau allgemein üblich gewesen, daß die Telegraphisten für Zug Nr. 26 ohne besonderen Auftrag deblockirt hätten. Allerdings haben, wie es in der Anklageschrift heißt, die Ermittlungen ergeben, daß die erwähnten Vorschriften des Reglements auf Station Hanau nicht genügend beachtet worden sind, aber dieser Umstand begründet, wie die Anklageschrift weiter sagt, um so weniger die Schuldlosigkeit Gutberlet's, als dieser doch jedenfalls verpflichtet war, wenn er sich zur Abgabe des fraglichen Signals berechtigt glaubte, zu prüfen, ob die Bahn thatsächlich frei sei. Er mußte also genau nachsehen, ob der draußen wartende Zug Nr. 304 in den Bahnhof eingefahren sei. Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß Angeklagter auch diese Sorgfalt außer Acht ließ, denn seine Angabe, er habe aus dem Aussteigen von Dampf aus einer Maschine in der Gegend, wo der Zug Nr. 304 hielt, geschlossen, daß dieser Zug vorübe, kann der Anklageschrift zufolge als ein Entschuldigungsgrund nicht angesehen werden. Die Schuld des Gutberlet geht noch daraus hervor, daß er, als er von dem Hilfs Telegraphisten Heinrich Blum auf die Gefahr des Zusammenstoßes aufmerksam gemacht war, es unterließ, auf dem Morseapparat die Haltestelle „Pulvermühle“ anzurufen, wodurch die Möglichkeit, den Zug zum Halten zu bringen, geschaffen worden wäre. Die Berufung des Gutberlet auf die Praxis, daß das Deblockiren den Telegraphisten überlassen worden sei, ist im vorliegenden Falle ungerechtfertigt, da der diensthabende Assistent Kreischmar nach seiner eigenen Angabe wie nach derjenigen der Telegraphisten Blum, Kämmerer und Koch immer besonders noch Auftrag zum Deblockiren zu geben pflegte. Nach den angestellten Ermittlungen kann auch keinem Anderen eine Mitschuld an dem Vergehen beigemessen werden. Die Lokomotivführer derzüge Nr. 304 und 26 gaben, als sie die Gefahr sahen, die üblichen Nothsignale und der Hülfswärter Hieronymus Garog, welcher den Bahnwärterposten Nr. 19 inne hatte, ließ, als er das Reisen einer Lokomotive aus der Gegend der Pulverfabrik hörte und die Annäherung des Zuges Nr. 26 vermuthete, demselben so weit es ihm möglich war, entgegen, um ihm mit einer rothen Fahne das Weichen zum Halten zu geben. Nur der Lokomotivführer des Zuges Nr. 26 hätte den Zusammenstoß derzüge verhindern bzw. ihn weniger verhängnisvoll machen können, wenn er nämlich sogleich nach Passiren des Durchlaufes der Friedberger Bahn die Vorkehrungen, seinen Zug zum Stillstand zu bringen, getroffen hätte. Diese Unterlassung ist ihm indeß zur Schuld nicht anzurechnen. Da sich der erwähnte Lokomotivführer mit seinem Zuge in einer Kurve näherte, war es für ihn unmöglich, zu erkennen, daß Zug Nr. 304 auf seinem Geleise stand, noch vermochte er wegen der geringen Entfernung seinen Zug zum Stehen zu bringen.

**Hanau, 4. März.** In der Anklagesache wegen des am 14. November v. J. in der Nähe des hiesigen Bahnhofes stattgehabten Zusammenstoßes zweier Eisenbahnzüge wurde gestern der Telegraphist Gutberlet vom hiesigen Landgericht wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu drei Jahren Gefängnis verurtheilt. Der Lokomotivführer Krämer ist freigesprochen worden.

**Eine unsaubere Börsengeschichte** beschäftigte am 3. März die vierte Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Verschiedene Kaufleute waren angeklagt, daß sie durch Scheingeschäfte betrügerisch auf die Preisnotierungen von Mais hätten einwirken wollen. Der Gerichtshof erkannte nach längerer Beratung gegen Meyer und Friedländer auf Schuldig des versuchten Betruges im Sinne der Anklage und verurtheilte den Angeklagten Meyer zu 500 M., den Angeklagten Friedländer zu 300 M. Geldbuße event. 50 resp. 30 Tage Gefängnis, sprach dagegen die Angeklagten Marcuse und Wicher frei.

### Vereine und Versammlungen.

**Zur Berichtigung.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Geehrter Herr Redakteur! In Nr. 52 Ihres geschätzten Blattes bringen Sie einen Bericht über die am 23. Febr. abgehaltene Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Navierarbeiter. Nach dem Bericht soll ich in dieser Versammlung gesagt haben „den Kollegen der Weidensläufer'schen Pianofabrik fehle das Verständniß für das Gesamtinteresse und das Solidaritätsgefühl.“ — Jeder Theilnehmer wird mich bezeugen, daß ich einen derartigen Ausspruch über die Arbeiter obiger Fabrik nicht gethan habe, ich habe auch keine Veranlassung, mich in dieser Weise über diese Kollegen auszusprechen. Mit der Bitte, daß Sie den Irrthum Ihres Herrn Referenten

berichtigen wollen, zeichne hochachtungsvoll Gustav Dranienstr. 8.

**In der heutigen Versammlung des Arbeiter-Vereins der Friedrichsstadt** in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79, hält der Stadtverordnete P. Singer einen Vortrag. Außerdem wird ein Bericht über seine Beobachtungen auf der Hübnerstraße in der Stadtverordneten-Versammlung berichtet; da der Verein kommunale Interessen der Mitbürger heben will, so ist zahlreicher Besuch zu wünschen.

**In Neu-Gardenberg im Kreise Lebus** fand am Sonntag den 1. März, eine große Volksversammlung statt, die von Seiten der Arbeiterpartei in diesem Orte einberufen wurde, und in welcher Herr Ballmüller aus Berlin einen Vortrag hielt über die Arbeiterbeschäftigung und die Nothwendigkeit dieses Themas nach allen Richtungen hin, und die Versammlung ihre Zustimmung durch folgende Resolution kund: „Die heutige, im Gasthause „Zum Hohl“ tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, spricht Herrn Ballmüller ihren Dank aus und verspricht, in Zukunft mit allen geeigneten Mitteln die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern einzutreten zu wollen.“ Diese Resolution fand einstimmige Annahme und nachdem der Referent erklärt hatte, bald wieder zu erscheinen, wurde die sehr rührig verlaufene Versammlung geschlossen.

**Die Bernsteinarbeiter der Hene- und Ellenberg'schen Bruhner-Eisenfabrik zu Nürnberg** haben am 1. d. Mts., gezwungen durch Lohnreduktion, die Arbeit eingestellt und bitten ihre Kollegen den Bezug fernzuhalten.

**Der Fachverein der Tischler** feiert am Sonntag, den 5. d. Mts. (am ersten Osterfeiertag), sein fünftes Stiftungsfest. Billets hierzu sind in den Vereins-Veranstaltungen, sowie bei den Herren Zugauer, Rorichstraße 2, Böhm, Johanniterstraße 10, Hof III.; Beckmann, Rantzenstraße 40, IV.; Wolter, Voßbringerstraße 24; Straßmann, Münchbergerstraße 26, zu haben. An der Kasse werden keine Billets ausgegeben.

**Der Fachverein der Tischler** hält am 9. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Saeger's Restaurant, Grüner Weg 29, eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag von Herrn Dr. G. o. s. t., prakt. Arzt, über: „Die Entstehung von Krankheiten und ihre Fortpflanzung durch die Nothwendigkeit der Disziplin.“ 2. Vorschlag eines Bevollmächtigten für die Stelle des Herrn Krug (laut § 10a d. Statuts). — Der Bescheid wird gebeten. Neue Mitglieder werden angenommen. Gäste sind stets willkommen.

**Eine Versammlung des Fachvereins der Gärtler** und Berufsgenossen findet am Sonntag, den 8. März, Vormittags 10 Uhr, in den Industriehallen, Mariannenstraße 31/32, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Kubarsch „Ueber die Verwendung der Elektrizität in der Gärtnerei.“ 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. Das Erscheinen der Mitglieder dringend geboten. Gäste willkommen.

### Vermischtes.

#### Ein Mustermann.

Herr X. das ist ein Mustermann  
Der seiner Frau parirt,  
Der, was er auch beginnen kann,  
Nichts ohne sie vollführt.  
Ja, vor jedweder Aktion  
Der Seele und des Leibes,  
Besorgt um eine Konzession  
Des strengen Eheweibes  
Hört man ihn ganz frei reden sagen:  
Da muß ich meine Frau erst fragen!  
Einst wollten Männer groß und klein,  
Der Ehren nicht verscheln,  
Und ihn bei einem Narren-Verein  
Mit in den Vorstand wählen.  
„Ich ehre“, sprach er, „das Vertrau'n,  
Das Sie mir Alle schenken,  
Auf mich, den schlichten Mann zu schau'n  
Und ihre Wahl zu lenken;  
Nehmt, bevor ich ja werd' sagen —  
Da muß ich meine Frau erst fragen.“  
Und kürzlich starb dem armen Mann  
Sein Erstlingskind an Fähen,  
Er lag's dem Nachbar nebenan  
Mit Trauer und mit Thränen.  
Der Nachbar tröstet: „Noch ist jung  
Ihr jartlich Geheben;  
Drum wird der Kinder noch genug  
Der Himmel Ihnen geben!“  
Doch X. seufzt voller Mißbehagen:  
„Da muß ich meine Frau erst fragen.“

<b>Theater.</b>
<b>Königliches Opernhaus.</b>
Heute: Violetta.
<b>Königliches Schauspielhaus.</b>
Heute: Ein Lustspiel.
<b>Deutsches Theater.</b>
Heute: Der Proberpfel.
<b>Bellealliance-Theater.</b>
Heute: Ein gemachter Mann.
<b>Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.</b>
Heute: Gasparone.
<b>Central-Theater:</b>
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.
Heute: Der Walzer-König.
<b>Residenz-Theater:</b>
Direktion Anton Anno.
Heute: Zum 15. Male: Der Vergnügungszug. Darauf: Die Schulmeisterin.
<b>Walthalla-Operetten-Theater:</b>
Heute: Der Feldprediger.
<b>Louisenstädtisches Theater:</b>
Heute: Durch eigene Kraft.
<b>Okend-Theater:</b>
Heute: Die zwei Waisen.
<b>Wallner-Theater.</b>
Heute: Die Sorolofen.
<b>Vittoria-Theater.</b>
Heute: Sulfarina.
<b>Alhambra-Theater.</b>
Heute: Die Räuber auf Maria Culm.

Am Montag Nachmittag wurde uns unser geschätzter Kollege, der eifrige Förderer der geistigen und materiellen Interessen seines Standes **Cisleur Paul Eilert** im Alter von 24 Jahren durch den Tod entzogen. Sein Andenken hält hoch in Ehren die „Freie Vereinigung der Graveure, Ciseleure und Berufsgenossen.“ Beerdigung vom Krankenhaus Friedrichshain. Anschlag der Kollegen um 3/4 Uhr am Rottdauer Thor. 461

**Unsern herzlichsten Dank**  
Allen, welche unserm guten Vatten und Vater die letzte Ehre erwiesen.  
Berlin, den 4. März 1885.  
Wittme Kadrowsky nebst Kindern.

Allen freundlichen Hebern, die mich und meine Familie während meiner längeren Krankheit so reichlich unterstützten, sage ich hiermit meinen tiefgefühltesten Dank.

**Das Bureau für Arbeiterangelegenheiten** soll mit einer neuen Existenz begeben und richte ich deshalb an alle meine Freunde, besonders die deutschen Fachvereine, die dringende Bitte, dies Unternehmen, über dessen Zweckmäßigkeit mir von kompetenter Seite anerkennende Zuschriften zugegangen sind, nicht scheitern zu lassen, sondern im Gegentheil durch allseitige Beitrittsanträge dauernd und kräftig unterstützen zu wollen.

Meine Bittkalküle, die auf Wunsch gratis zur Verfügung stehen, ergeben das Nähere.  
Reuhausen (München), den 1. März 1885.

**Franz Rohleder.**  
**Jubiläums-Feier!**  
Ehem. Schüler des Herrn Rektor Kolbe, der am 16. April ex. des Fest seiner 25jährigen amtlichen Thätigkeit begeht, wollen sich Sonntag, den 8. März, Nachmittags 3 Uhr, Niederwallstraße 11, recht zahlreich einfinden. 462

**Arbeitsmarkt.**  
Lehrmannsß auf Domenmäntel verlangt Urienstr. 133.

**Arbeits-Nachweis f. Tischler Invalidenstr. 131. J. Dohle.**  
Allen Freunden und Bönnern, sowie einer geehrten Nachbarschaft empfehle mein **Del-, Licht- und Seifengeschäft**, sowie Bürsten, Besen und Geschirrhändlung, sämtliche Artikel zu den billigsten Preisen.  
Karl Kühner,  
25. Doppelrestraße 25.

Für die Mitglieder der **Central-Franken und Sterbekasse der Tischler**

Berlin A. (Neuere Louisestadt) findet am Sonntag, den 8. März, Vormittags 10 Uhr, in der „Urania“, Wangelstraße 9-10, eine

**Versammlung**  
statt. Tagesordnung: 1. Statuten-Berathung. 2. Bannungs- und Mitgliedsbuch muß vorgezeigt werden. Der Bevollmächtigte 460

**Arb.-Bezirksverein d. Friedrichsstadt.**  
Heute, Donnerstag, 5. März,

Abends 8 1/2 Uhr, in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79

**Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Paul Singer: „Aus dem rothen Hause.“ 2. Verschiedenes u. Fragelasten. Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste sind stets willkommen. — Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand 463

Im Verlage von J. G. W. Dieß erschien soeben:

**Die Sozialdemokratie**  
vor dem

**deutschen Reichstage.**  
Berathung der Denkschrift, betreffend die Erneuerung der Verfassung des kleinen Belagerungsstaates über Berlin und Hamburg-Altona, am Sonnabend, den 31. Januar 1885. Nach dem amtlichen Stenogramm. Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstr. 44.